

b unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Foto: Herzog

Zusammentrommeln! Für eine bessere Agrarpolitik

EU-Agrarreform

Verbände begrüßen Vorlage des Agrarkommissars: Ciolos will die Staffelung der Direktzahlungen, Bindung an ökologische Kriterien und Arbeitskräfte. Parallel stellten zivilgesellschaftliche Verbände und Experten eigene Inhalte vor Seite 5

Alt und jung in Altenkirchen

Spannungsreiche Diskussion zur EU-Agrarreform mit Zeitredakteurin Christiane Grefe, MdB Matthias Miersch und Finanztestchefredakteur, Hermann-Josef Tenhagen. Die junge AbL befeuerte mit frischen Ideen und Samba-Rhythmen Seiten 12-14

Widerstand im Wendland

50.000 Menschen: Die bisher größte Anti-Atom-Demonstration in der Geschichte Gorleben. Bauern blockierten mit Treckern. Gleisbesetzungen, Greenpeace-Aktivistinnen und tierische Verstärkung hielten die Polizei 92 Stunden auf Trab. Seite 8, 9 und 24

Die Seite 3

Handel mit der Lebensgrundlage Boden 3

Agrarpolitik

Hintertüren in der Handelspolitik 4

EU-Agrarkommissar Ciolos bleibt bei seiner Linie 5

Milch

Wir haben unsere Nische gefunden 6

Gemeinschaft groß schreiben 7

Bewegung

Wendland im Ausnahmezustand 8

Zunahme psychischer Erkrankungen 18

Temperaturen rauf – Ertrag runter 19

Tierhaltung

Für ein Bauverbot von Agrarfabriken! 10

Die Königin des Ackerbaus 11

Schwerpunkt

Bäuerliche Landwirtschaft als Zukunftslandwirtschaft 12

Mit Argumenten und Kreativität in die Zukunft 13

Vom Hühnerstall bis nach Brüssel 14

Nachbau

Erste Signale im Saatgutverkehr 15

Gentechnik

Gentechnikgesetz gewinnt in Karlsruhe 16

Aus fernen Ländern

Im Mittelpunkt stehen die Bauern und Menschen 17

Weitere Themen

Zu Besuch bei Maike Müller und Elke Dagenbach, Seite 9; Eine Bäuerin erzählt, Seite 19; Lesen, Seite 20-21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

Gentechnik und EU-Agrarreform. Schon diese beiden Beispiele zeigen, wie sehr Agrarpolitik heute Gesellschaftspolitik ist. Eines der reichsten und stärksten Industrie-, Dienstleistungs- und Wissenschaftsländer der Welt beschäftigt sich mit Landwirtschaft, und zwar nicht überheblich abfällig, sondern selbstverständlich und mit wachsendem Interesse daran, in welcher Art und Weise und unter welchen Bedingungen Lebensmittel erzeugt, verarbeitet und gehandelt werden. Diese breite und öffentliche Beschäftigung mit Landwirtschaft zeigt bereits beträchtliche Auswirkungen auf die Agrarpolitik.

Das Bundesverfassungsgericht betont in seinem Urteil zum Gentechnikgesetz in bisher ungekannter Weise die Verpflichtung des Staates, „auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen“. Dieses in dem noch jungen Grundgesetz-Artikel 20a verankerte Staatsziel wird in diesem Urteil mit Leben gefüllt. Bund und



Kommentar

Besser, Sie reden mit

Länder werden zu „Gefahrenabwehr“ und „Risikovorsorge“ ermahnt. Damit nicht genug. Das Urteil nimmt ausdrücklich Bezug zu der breiten öffentlichen Debatte: „Angesichts einer hochkontroversen gesellschaftlichen Diskussion zwischen Befürwortern und Gegnern der Anwendung von Gentechnik bei Kulturpflanzen und eines noch nicht endgültig geklärten Erkenntnisstandes der Wissenschaft, insbesondere bei der Beurteilung von Ursachen-

zusammenhängen und langfristigen Folgen eines solchen Einsatzes von Gentechnik, trifft den Gesetzgeber auf diesem Gebiet eine besondere Sorgfaltspflicht.“

Die viele Arbeit zum Aufbau der gentechnikfreien Regionen, die unzähligen Veranstaltungen, die Selbstverpflichtungserklärungen, die Einkaufsgemeinschaften für gentechnikfreie Futtermittel, die vielen Aktionen – all das zeigt Wirkung und schafft Verpflichtung für die Politik. Sie kommt an unser aller Arbeit nicht vorbei. Das hat die Bundesregierung allerdings noch nicht hinreichend verstanden. Sie schiebt der Gentechnikindustrie unter dem Deckmantel „Bioökonomie“ gerade Millionen an Steuergeldern zu und meint am Tag der Urteilsverkündung, Gentechnik sei eine wichtige Zukunftsbranche auch in der Landwirtschaft. Die Arbeit geht also weiter.

Zweites Beispiel: Der EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos ist mit seiner Mitteilung zur zukünftigen EU-Agrarpolitik in einem Maße auf die Forderungen der Zivilgesellschaft eingegangen, wie es das bisher noch nicht gegeben hat. Der Vorgänger Fischler hatte zwar einige wichtige Punkte aufgegriffen, aber gleichzeitig den Kurs der (billigen) Weltmarktausrichtung für die große Masse der Erzeugung weiter vorangetrieben. Da ist Ciolos – zumindest in seinen Reden – zurückhaltender. Der noch junge Kommissar nimmt aber nicht nur Forderungen der gesellschaftlichen Bündnisse, in denen auch die ABL intensiv mitwirkt, auf – bis hin zu einer Staffellung der Direktzahlungen und Berücksichtigung der Arbeit. Ciolos hat die Bevölkerung auch ganz direkt eingeladen mitzureden. Noch bevor er seine Mitarbeiter selbst formulieren ließ, fragte er uns alle via Internet nach unserer Meinung. Knapp 6.000 Zuschriften gingen ein. Jetzt hat er die nächste Befragung im Internet gestartet, um die konkreten Gesetzesvorschläge für Juli 2011 vorzubereiten.

Das aktive Zugehen auf die breite Öffentlichkeit ist für den Rumänen auch der Versuch, seinen machtpolitischen Einfluss zu stärken. Gegenüber anderen Ressorts der EU will er überzeugende Argumente vorbringen können, weshalb und wofür die EU so viel Steuergeld für Landwirtschaft und Ländlichen Raum bereitstellen soll. Erreicht Ciolos gesellschaftlichen Rückhalt, stärkt ihn das gegenüber Barroso, Oettinger und Co. Schließlich geht es parallel zur EU-Agrarpolitik auch um die EU-Finanzplanung für die Jahre 2014 bis 2020.

Bundesministerin Ilse Aigner, die sich ihre Agrarpolitik zunehmend vom Deutschen Bauernverband und der Agrarindustrie diktieren lässt, gefährdet deshalb mit ihrer Ablehnungshaltung die gesellschaftliche Akzeptanz der Agrarpolitik insgesamt und damit auch die finanzielle Ausstattung des EU-Agrarhaushalts. Ja, sie treibt es sogar auf die Spitze: Ihr Haus droht hinter den Kulissen damit, dass die Bundesregierung für einen kleineren EU-Haushalt eintreten wird, wenn die Agrarpolitik wirksam geändert wird. Aigner stellt Klientel-Interessen der bisherigen Profiteure über das Gemeinwohl, mit voller Brutalität. Das Jahr 2011 wird spannend. Die Zivilgesellschaft, und immer mehr Bauern und Bäuerinnen mitten drin, lässt sich von Ilse Aigner und Dr. Helmut Born nicht bange machen, ganz im Gegenteil. Die Demo am 22. Januar in Berlin ist dafür ein guter Auftakt. Es ist eben besser, möglichst viele reden mit.

Ulrich Jasper

stellvertretender Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Impressum

b unabhängige
bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 3171, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Christiane Hinck: 02381-492289; Marcus Nürnberger: 02381-492220; Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper, Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Handel mit der Lebensgrundlage Boden

Aufkauf von Agrarflächen in Ländern des Südens und Osteuropa verläuft ungebremst

Schon seit langem wird Boden in Entwicklungs- und Schwellenländern von ausländischen Investoren gekauft oder gepachtet. Neu ist, welche Ausmaße diese Praxis annimmt: Zwischen Oktober 2008 und Juli 2009 wechselten weltweit fast 47 Mio ha in den Besitz ausländischer Investoren und sind so für die einheimische Bevölkerung verloren. Dies entspricht der Hälfte der Ackerfläche der Europäischen Union. Das sogenannte land grabbing ist seit Mitte der 90er Jahre zu beobachten: Regierungen oder Firmen aus Industrieländern, aber auch aus reichen Golfstaaten wie Saudi-Arabien oder Schwellenländern wie China und Indien investieren – nachdem das Geld lange Zeit in teure Weltmarktprodukte floss – nun in Grundnahrungsmittel und Energiepflanzen.

Hunger Garant für Gewinne

Höhere Preise für Grundnahrungsmittel, vorübergehende Exportstopps, der gestiegene Ölpreis und die vermehrte Produktion von Agrartreibstoffen ließen vor etwa zwei Jahren auch Regierungen in das Landgeschäft einsteigen. Dies geschieht oft in enger Kooperation mit der Privatwirtschaft. Aber auch die Suche nach neuen Anlagemöglichkeiten mit hohen Gewinnen führt zum Ausverkauf ganzer Landstriche: „Knappe Ressourcen und Hunger sind für Agrar-Investmentfonds Garantien für Gewinne“, so Roman Herre, Agrarreferent der Entwicklungshilfeorganisation FIAN. Deutsche und europäische Fonds spielten dabei eine zentrale Rolle. Die Bedeutung solcher Fonds werde derzeit völlig unterschätzt. Mehr als ein Drittel der land grabbing-Fälle, so der UN-Sonderbotschafter für das Recht auf Nahrung, Olivier de Schutter, seien durch die Agrartreibstoff-Produktion bedingt. Indirekt unterstützt auch die europäische Union dieses Phänomen, indem sie eine Agrartreibstoff-Beimischung von zehn Prozent vorsieht.

Schauplätze

Drei Viertel der land grabbing-Fälle passieren in Afrika: Dort werden Flächen zum Teil zu Dumpingpreisen verkauft oder gegen fragwürdige Versprechen kostenlos verpachtet, weil die Regierungen um ausländische Investitionen konkurrieren. Zum anderen werden gezielt Länder mit einer hohen Korruption gesucht. Durch die Unabhängigkeit der Staaten nach der Kolonialzeit sind Flächen oftmals in Staatsbesitz, gleichzeitig existieren traditio-

nelle Landnutzungsrechte, die dezentral verwaltet werden. Diese traditionellen Nutzungsrechte in Afrika oder auch in Asien liegen oft bei Gemeinschaften wie Dorfgemeinschaften. Gefördert unter anderem durch die Weltbank und den Millennium Challenge Account, einem Zweig der amerikanischen Entwicklungshilfe, wird weltweit die Privatisierung zu Gunsten internationaler Investoren und lokaler Eliten vorangetrieben. Um Privatbesitz zu regeln, werden Landtitel vergeben, traditionelle Nutzungsrechte werden dabei oft vernachlässigt. Land- und Wasserrechte hängen oft zusammen, weil nur Flächen gekauft werden, die genügend bewässert werden können. Geraten Wassernutzungsrechte in die Hände von Großinvestoren, verlieren Kleinbauern

ringsten Einkommen haben. Von den neuen Besitzern wird das Land in riesige Monokulturen umgewandelt, die Folge sind Erosion, der Verlust fruchtbaren Bodens und ein Rückgang der Biodiversität. Viele der betroffenen Entwicklungsländer sind von Nahrungsmittelhilfe abhängig, da sich die Ärmsten das teure importierte Getreide nicht leisten können. Die Abhängigkeit der afrikanischen Länder von Getreideimporten ist seit 2007 rapide angestiegen. Land grabbing macht auch vor Europa nicht halt: Vor allem in Osteuropa sind die Flächen günstig. In Rumänien etwa haben viele Kleinbauern aufgegeben. Ihre von China aufgekauften Böden werden nun durch chinesische Gastarbeiter bewirtschaftet. Ihrer heimischen Lebensgrundlage be-

vestoren auf der anderen Seite problematisch, da sie oft einseitige Kündigungs- und Verlängerungsrechte zu Gunsten der Investoren festsetzen. Den Regierungen bleibt keine Möglichkeit, diese im Nachhinein in ihrem Sinne anzupassen. Die Verträge sind in den wenigsten Fällen öffentlich und die Pläne werden meist ohne Beteiligung der lokalen Bevölkerung gemacht. Versprochene Gegenleistungen wie ländliche Entwicklung, Arbeitsplätze und Infrastruktur sind meist nicht vertraglich festgelegt. Wird Infrastruktur ausgebaut, dient sie fast ausschließlich dem Export.

Rolle der Weltbank

De Schutter kritisierte, das internationale Finanzmanagement und Beratungsgremium der Weltbank ermutige aktiv dazu, in Land zu investieren, und empfehle den Regierungen vor Ort, ihr Land zur Verfügung zu stellen. Herre sieht die Weltbank als Spieler auf zwei verschiedenen Ebenen: Sie sei seit Mitte der 90er Jahre Vorreiter der Land-Privatisierung und mische sich aktiv in die Staatenpolitik ein. Zwar dürften Kredite offiziell nicht an Bedingungen geknüpft sein, inoffiziell sei dies wegen der finanziellen Abhängigkeit der Entwicklungsländer aber der Fall: In Madagaskar wurde ein Gesetz geschaffen, nach dem ausländische Investoren erstmals riesige Flächen für 99 Jahre pachten dürfen. Nachdem der südkoreanische Konzern Daewoo in Madagaskar 1,3 Mio. ha Acker über einen Zeitraum von 99 Jahren pachten wollte, kam es zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Auch andernorts werden Restriktionen für ausländische Investoren oder Exportsteuern abgeschafft. „Nun, da wegen des bekannter werdenden Phänomens ein Aufschrei durch die Medien geht, plant die Weltbank zusammen mit den G8-Staaten einen freiwilligen Verhaltenskodex“, so Herre. Er hält dies für einen Versuch, land grabbing zu legitimieren und von Problemen abzulenken. De Schutter, der für ein Landhandel-Moratorium plädiert, bis rechtsverbindliche Richtlinien entwickelt sind, kritisiert: „Die Weltbank-Prinzipien sind nur Dekoration.“ Der UN-Sonderbotschafter plädiert für Investitionen in die kleinbäuerliche Landwirtschaft, da diese jahrzehntelang vernachlässigt worden sei. Investiert werden müsse in bestimmte Formen des Kontraktanbaus mit höheren Preisen sowie in Kleinbauernkooperativen.

ch



Die Palmölproduktion treibt land grabbing voran.

Foto: Schenck/Rettet den Regenwald

oft den Zugang zu Wasser. De Schutter sagte jüngst auf der Grünen-Tagung „Bodenlos“ in Berlin, er halte Landtitel für den vielleicht schlechtesten Weg, Landrechte zu stärken. Dort, wo es Landtitel gibt, seien besonders viele Fälle von land grabbing zu beobachten, so Herre. Dass Investorländer ihr Eigentum in solchen „Agrarexklaven“ mit Waffengewalt verteidigen könnten, sieht Herre zwar noch nicht konkret. Unmöglich sei ein solches Szenario aber nicht, da Staaten wie Südkorea zukünftig mit extremen Ernährungsproblemen konfrontiert würden.

Dadurch, dass weltweit immer mehr Land in die Hände von immer weniger Besitzern gelangt, steigt die Zahl der abhängig Beschäftigten in der Landwirtschaft, die weltweit die schlechtesten Arbeitbedingungen und die ge-

raubt, gehen viele rumänische Kleinbauern als Saisonarbeiter im Plantagenbau nach Spanien, um dort unter primitivsten Bedingungen tätig zu sein. Die dramatischsten Folgen hat land grabbing dort, wo keine sozialen Sicherungsnetze existieren und ein Großteil der Bevölkerung von der Landwirtschaft lebt: Schon bei geringen wirtschaftlichen Schwierigkeiten muss das Land, eigentlich Lebensgrundlage, verkauft werden. Hunger ist die direkte Folge. Global gesehen sind an circa 90 Prozent der umstrittenen Landkäufe und Pachten vor allem ausländische Privatinvestoren beteiligt. Anders in Brasilien und seinen Nachbarländern, wo vor allem brasilianische Konzerne aktiv sind. Neben dem Entzug von Land sind die Pachtverträge zwischen den Regierungen auf der einen und In-

Handelsbeschränkungen im Agrarbereich

Die Europäische Kommission hat erneut handelsbeschränkende Maßnahmen weltweit untersucht und das Ergebnis kürzlich veröffentlicht. Demnach haben die Experten der Generaldirektion Handel 54 Maßnahmen im Agrarhandel ermittelt. Der Agrarsektor rangiert bezüglich der Handelsbeschränkungen noch vor der Autobranche, Metallen, Textilien und Kleidung sowie Dienstleistungen. Russland, von der Agrarindustrie immer als ein wichtiger Zukunftsmarkt angesehen, hat gleich 14 Maßnahmen erhoben, die potentiell die Einfuhr aus Drittländern gefährden. Darunter sind auch Zollerhöhungen auf Milchprodukte. Indonesien etwa hat Zusatzzölle auf Milchpulver und Fruchtsäfte erhoben. Begonnen mit diesen Untersuchungen hat die EU vor zwei Jahren, im Zeichen der Wirtschaftskrise. Der aktuelle Bericht untersucht den Zeitraum von Mai bis September 2010 und legt offen, dass von den Schutzmaßnahmen, die vor zwei Jahren eingeführt worden sind, gerade mal ein Zehntel der Maßnahmen wieder aufgehoben worden sind. Der Bericht: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/october/tradoc_146796.pdf bet

EU-Handelskommissar präsentiert neue Strategie

„Die Europäische Union ist der größte ‚Global Player‘ im Bereich des internationalen Handels und der Investitionen“, verkündet EU-Handelskommissar Karel de Gucht in seinem Vorwort zur im November erschienenen Handelsstrategie mit dem Titel: Handel, Wachstum und Weltgeschehen – Handelspolitik als Kernbestandteil der EU-Strategie 2020. Als Herausforderung nennt er „Europas Weltmarktstellung zu erhalten und weiter zu verbessern“. De Gucht schlägt vor, „die multilateralen und bilateralen Handelsvereinbarungen, die bereits im Gange sind oder in den Anfängen stehen, erfolgreich abzuschließen“. Das Papier verdeutlicht, dass die EU-Kommission nicht nur den Abbau von Zöllen auf gewerbliche und landwirtschaftliche Produkte dabei im Auge hat. „Entscheidender“, so steht es im Papier, „wird der Marktzugang für Dienstleistungen und Investitionen sein, ebenso die Liberalisierung des öffentlichen Auftragswesens, bessere Abkommen zum Schutz des geistigen Eigentums, uneingeschränkte Versorgung mit Rohstoffen und Energie und, was ebenso wichtig ist, die Beseitigung von Regulierungsbarrieren, unter anderem durch die Förderung internationaler Normen.“ Diese Bestrebungen der EU-Kommission gehen weit über die in der Welthandelsorganisation diskutierten Themen hinaus. bet

Kritik an EU-Freihandelsgesprächen

In einem neuen Positionspapier fordern (bis Redaktionsschluss) 130 europäische und indische Verbände, darunter auch die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), den sofortigen Stop der laufenden Freihandelsgespräche zwischen der EU und Indien. In dem Papier „Letzte Chance, um die Gefährdung von Menschenrechten und Existenzgrundlagen zu verhindern!“ fordern die Verbände u.a., dass bei künftigen Verhandlungen eine nachhaltige Existenzsicherung, Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Gender in den Vordergrund treten. Die aktuelle Handelsstrategie, so kritisiert das Papier, stellt die globale und kapitale Gewinnmaximierung über die Anliegen von Mensch und Umwelt. Die Freihandelsgespräche sollen noch 2011 zu einem Abkommen führen. bet

Biologisch-dynamischer Lehrstuhl bedroht

Für angehende Agrarwissenschaftler mit Schwerpunkt im biologisch-dynamischen Anbau war die Uni Kassel bislang die richtige Adresse. Doch jetzt droht der weltweit einmaligen Stiftungsprofessur für biologisch-dynamische Landwirtschaft in Witzenhausen das Aus. Finanziert wird die Professur seit 2005 von der Rogau-Stiftung mit dem Forschungsring für biologisch-dynamische Wirtschaftsweise, der Software AG Stiftung, der Alnatura GmbH und der Zukunftsstiftung Landwirtschaft. Nun läuft diese zum Ende des Sommersemesters aus und soll nach dem Willen der Hochschulleitung nicht verlängert werden. Diese Entscheidung trifft bei den Stiftungen, die die Professur weiterhin finanzieren würden, bei Prof. Ton Baars, der das Fachgebiet biologisch-dynamische Landwirtschaft seit 2005 leitet, und natürlich bei den Studenten auf Unverständnis. Die verärgerten Studenten reagieren mit Protest- und Unterschriftenaktionen. Sie fordern die Weiterführung der biologisch-dynamischen Professur, welche von den Studenten sehr gut angenommen wird. Außerdem fühlen sich die Studenten bei den Entscheidungen übergangen und verlangen wieder mehr Mitbestimmung, Transparenz bei Entscheidungsprozessen und Demokratie an ihrer Uni. Damit dürfte bei der Diskussion über die Schließung des Lehrstuhls das letzte Wort noch nicht gesprochen sein. mm

Kurzes am Rande

Hintertüren in der Handelspolitik

Obwohl multilateral die Handelsgespräche stocken, gehen die Aktivitäten der Konzerne aktiv und aggressiv weiter

Wie Konzerne in anderen Ländern, in diesem Fall in Deutschland, agieren können, beschreibt Jürgen Knirsch von Greenpeace an einem Beispiel. Das schwedische Energieunternehmen Vattenfall hat Deutschland im Jahr 2009 auf 1,4 Mrd. Euro Schadensersatz verklagt. Der Grund? Vattenfall sind die Umweltauflagen zu hoch, die es für den Bau eines Kohlenkraftwerks an der Elbe einhalten soll. Die Verhandlungen zwischen Politik und dem Unternehmen finden hinter verschlossenen Türen statt. Knirsch: „Diese Verhältnisse sind schlimmer als sie bei den multilateralen Verhandlungen der Welthandelsorganisationen je waren. Das hätte ich vorher niemals gedacht. Aber es werden unterschwellige Abmachungen vereinbart, und es gibt darüber keine Transparenz mehr.“

Die Regeln in den sogenannten Investiti-

soll, sagt David Hachfeld von Oxfam: „Die Rohstoffe sind weltweit nicht gleichmäßig verteilt. Wir müssen über internationale, multilaterale Regeln diskutieren.“ Hachfeld schlägt vor, in der künftigen Debatte auch „über eine Art Mengensteuerung nachzudenken“.

Wie Handel auch anders gestaltet werden kann, beschreibt Thomas Fritz von der „Bolivarianischen Allianz für die Völker unseres Amerika“ (ALBA) an einem praktischen Beispiel. Acht vor allem kleinere Länder in Lateinamerika sind in den vergangenen Jahren dieser Allianz beigetreten. Die Maxime ist Fair-Handelszone statt Freihandelszone. Fritz beschreibt die Allianz als eine „Alternative zur panamerikanischen Freihandelszone“. Grundlegende Elemente seien, so Fritz, der Abbau von Zöllen und Steuern und eine Vorzugsbehandlung der „schwächeren“ Staaten.



Exportorientierte Staaten sind für den Abbau von Zöllen und Handelschranken. Foto: Krotr/pixelio

onsabkommen, wo dieser Fall bearbeitet wird, sind 50 Jahre alt und ohne Pflichten für die Unternehmen. Das kritisieren Referenten und Teilnehmer auf der zweitägigen Konferenz: „Nie wieder Weltmeister?! Alternativen zur exportorientierten Handelspolitik“ in Berlin Anfang November. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) ist eine von vielen Veranstaltern der Konferenz, die von mehr als 200 Teilnehmern besucht wurde.

Wenn über Handelspolitik diskutiert wird, darf neben dem Export auch die Beschaffung von Rohstoffen nicht fehlen. Deutschland ist von externen Rohstoffen abhängig. In der Rohstoffpolitik verfolgt der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) weitgehende Handelsliberalisierungen. In der Debatte, wie der Umgang mit dem Handel von Rohstoffen aussehen

Sozialprogramme dürfen dabei nicht geschwächt werden. Die Ansätze seien positiv zu bewerten, allerdings finden die Verhandlungen noch unter Ausschluss sozialer Bewegungen statt, bemerkt Fritz.

Berit Thomsen

Konferenz-Dokumentation: abl-ev.de/themen/fairer-welthandel/handelspolitik

EU-Agrarkommissar Ciolos bleibt bei seiner Linie

Im ersten offiziellen Papier werden gesellschaftliche Forderungen aufgegriffen. Konkrete Formulierungen fehlen

Wie im Vorfeld angekündigt hat EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos Mitte November erste offizielle Leitlinien für die anstehende Reform der EU-Agrarpolitik vorgelegt. Die Veröffentlichungen entsprechen weitgehend den Anfang Oktober in einem inoffiziellen Entwurf bekannt gewordenen Standpunkten (siehe unabhängige Bauernstimme 10/11). Dazu zählt die Bindung der Direktzahlungen an soziale und ökologische Kriterien. Zum einen sollen die Direktzahlungen gestaffelt und dabei arbeitsintensiven großen Betrieben die Möglichkeit gegeben werden, mit dem

schläge wieder aus dem Papier zu drängen. Nachdem das vergebens war, haben sie erheblichen Druck ausgeübt, um Formulierungen abzuschwächen und den Mitgliedstaaten bei der Umsetzung möglichst viel Spielraum zu verschaffen, um die konsequente EU-weite Änderung der Agrarpolitik so auf die lange Bank zu schieben“, so der AbL-Vorsitzende.

Wir wissen es besser

Vor allem aus den Reihen des Bauernverbands kam starke Kritik. „Die Herausforderungen einer Ernährungssicherung für

Der bayerische Bauernverband veröffentlichte ein umfangreiches Positionspapier, in dem mit Halbwissen versucht wird, die EU-Vorschläge zu diskreditieren. Bei der Bindung an Arbeitskräften etwa geht es anders als im BBV-Papier ausschließlich darum, für Betriebe mit vielen sozialversicherungspflichtigen Arbeitskräften, die von den Kürzungen aufgrund einer einzuführenden Obergrenze betroffen wären, einen Ausgleich zu schaffen.

Starkes Bündnis

Parallel zur Veröffentlichung des EU-Agrar-



Georg Häusler (Bildmitte), der Kabinettschef von EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos beim Treffen mit den Plattformverbänden Ende November Foto: Jasper

Nachweis ihrer Lohnkosten die Abzüge der Staffelung zu mindern. Zum anderen sollen die Direktzahlungen nicht mehr nur an geltende gesetzliche Standards, sondern an darüber hinausgehende wirksame ökologische Anforderungen wie eine weite Fruchtfolge oder den Grünlanderhalt gebunden werden.

Positive Resonanz

In den Reihen der alternativen und ökologischen Landbauverbände, des Tierschutzes und der Umweltverbände wurde der Entwurf positiv aufgenommen. Besonders die unterschiedlichen Anforderungen der europäischen Bevölkerung, die in der im Vorfeld abgehaltenen Konsultation durch den EU-Agrarkommissar abgefragt worden waren, haben Eingang in das Papier gefunden. „Wir begrüßen es sehr, dass der EU-Agrarkommissar Ciolos an diesen Vorschlägen zur sozialen und ökologischen Ausgestaltung der Direktzahlungen im wesentlichen festhält. Er hat sich damit gegen erhebliche Widerstände derjenigen Kräfte durchgesetzt, die nichts anderes als die Interessen der größten Profiteure der bisherigen Agrarpolitik im Sinn haben“, kommentiert Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Vorsitzender der AbL. „Diese Kräfte, zu denen auch Bundesministerin Ilse Aigner gehört, haben alles versucht, diese Vor-

500 Millionen EU-Verbraucher, des Klimawandels und einer zukunftsfähigen Energieversorgung lassen sich nur mit einer modernen und effizienten Landwirtschaft meistern. Statt ein solches „grünes Wachstum“ der Landwirtschaft mit Nachdruck zu fördern, verzettelt sich die EU-Kommission in Vorschlägen, die vor allem zu neuerlichem bürokratischen Aufwand für die Bauern führen würden“, schreibt der DBV in seiner Presseerklärung und kommt zu dem Schluss, dass es keinen Änderungsbedarf gibt. Der Vorschlag, bei den Direktzahlungen Obergrenzen einzuführen, wird vom Raiffeisenverband aufgegriffen, der die aus den LPGen hervorgegangenen produktionsorientierten Agrargenossenschaften kurzerhand zu Mehrfamilienbetrieben mit sozialem Engagement macht. „Die Tatsache, dass die Kommission erneut eine Obergrenze für die an große Einzelbetriebe gewährten Direktzahlungen in die Diskussion einbringt, ist völlig unverständlich. Die als Mehrfamilienbetriebe geführten Agrargenossenschaften, die eine wichtige ökonomische und soziale Funktion in den oftmals strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands erfüllen, würden erneut einseitig und in einer mit dem Selbstverständnis der Direktzahlungen nicht zu vereinbarenden Form belastet“, so Manfred Nüssel, Präsident des deutschen Raiffeisenverbands.

kommissars hat ARC ein Strategiepapier zur Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik in Brüssel vorgestellt. ARC steht für Agricultural and Rural Convention 2020 (siehe *Bauernstimme* 11/2010). In diesem EU-weiten Bündnis arbeiten seit April 2010 zivilgesellschaftliche Organisationen und Experten, unter anderem die AbL und der BDM, intensiv daran, die anstehende Reform der EU-Agrarpolitik aktiv zu begleiten. ARC fordert eine neue Europäische Landwirtschafts-, Lebensmittel- und ländliche Politik, deren Ziele über die alten, in den Römischen Verträgen festgelegten hinausgehen. Diese heutigen Ziele müssen Ernährungssicherheit, Nahrungsmittelqualität und Volksgesundheit ebenso umfassen wie nachhaltige Standards für Landwirtschaft, ein faires Einkommen für Landwirte, Umweltschutz, Begrenzung des Klimawandels, Stärkung der Wirtschaft in ländlichen Räumen und das Wohl ländlicher Gemeinschaften. ARC schlägt vor, diese Politik mittels zweier EU-Haushaltsfonds umzusetzen: den Europäischen Agrarfonds mit Schwerpunkt Nahrung und Landwirtschaft und den Europäischen ländlichen Fonds, dessen Schwerpunkt auf der Wirtschaft in ländlichen Räumen im weiteren Sinne und der ländlichen Entwicklung liegen soll.

(Weitere Informationen unter www.arc2020.eu) mm

KTG-Tochter muss zahlen

Nach nunmehr fast 20 Jahren Vermögensauseinandersetzung mit einer ehemaligen LPG bzw. mit deren Rechtsnachfolgerin haben jüngst zehn ehemalige Genossenschaftsmitglieder der LPG vor Gericht die Auszahlung einer Abfindung durchgesetzt, und zwar samt der bis zum Zeitpunkt der damaligen Antragstellung rückwirkenden Verzinsung in Höhe von 4 % bzw. 5 % über dem Basiszins. Das hat Rechtsbeistand Dr. Werner Kuchs (Kirchheim unter Teck) mitgeteilt. Zu den rund 235.000 € Ansprüchen auf Abfindungen (nach § 44 Abs. 1, Ziffer 1 Landwirtschaftsanpassungsgesetz) seien so noch rund 150.000 € Zinsen hinzu gekommen. Ursprünglich hatten 14 der ehemaligen LPG-Mitglieder geklagt, vier haben in der langen Zwischenzeit aufgegeben. Bei einigen der zehn nun beim Oberlandesgericht Naumburg zur Entscheidung gekommenen Fälle sind die damaligen Antragsteller bereits verstorben, so dass die Ansprüche von den Erben weiter verteidigt wurden. Bei der Rechtsnachfolgerin der LPG handelt es sich laut Dr. Kuchs um einen Betrieb in der Rechtsform einer GmbH, deren Hauptgesellschafterin die KTG Agrar AG (Vorstand Siegfried Hofreiter) ist. Die KTG Agrar AG bewirtschaftet nach eigenen Angaben 30.500 ha. (Az.: 3 Lw 6/93 bzw. 2 Ww 8/09 u.a.) uj

Wir haben unsere Nische gefunden

Eindrücke aus einer Erkundung des US-Milchmarktes an der Westküste in Oregon

Keine Milchquote, gigantisch große Milchbetriebe und ein wildes, unberechenbares Spiel freier Marktkräfte – diese Bilder erscheinen schnell, wenn vom US-amerikanischen Milchmarkt die Rede ist. Eine Reise in den Bundesstaat Oregon gab mir die Gelegenheit, mit Milchbauern und dem Vertreter einer regional ausgerichteten Molkerei zu sprechen, das Milchangebot in den Supermärkten zu studieren und Erkundungen über die Organisation des Milchmarktes einzuholen. Nachfolgender Bericht gibt eine kurze Zusammenfassung, für mich unerwarteter Aspekte dieses eigentlich unbekanntes Marktes und Landes.

aus Überzeugung – der Anstoß kam von der Molkerei. Die hatte ihre konventionelle Linie eingestellt und produziert jetzt nur noch Bio-Milchpulver, das sie nach New Jersey verkauft. „Uns war das Risiko zu groß, dass wir ganz aus dem Markt fliegen, wenn wir weiterhin konventionell wirtschaften“, erklärt Al. 50 Cent Aufschlag gibt es pro Gallon (ca. 3,8 Liter), dafür, dass sie dieser Molkerei treu bleiben und nicht zur Konkurrenz von „Organic Valley“, den in jedem Supermarkt vertretenen Platzhirschen unter den Biomilchanbietern, wechseln. Das geht per Handschlag. Verträge gibt es nicht und jederzeit könnten sie die Molkerei wechseln,

einbezahlt, um zu gegebenem Zeitpunkt eine solch Abschlatzprämie in Anspruch nehmen zu können. Der Preisverfall 2009 hat gerade die großen Betriebe mit mehr als 1.000 Kühen z.B. in Kalifornien und New Mexiko – als Folge ihre starken Abhängigkeit vom Kapitaldienst und den Futterkosten – in extreme Schwierigkeiten geraten lassen. Ein Farmer hätte zuerst die Kühe und dann sich erschossen, berichten die Brüder, und die staatlichen Einkommenshilfen des Milk Income Loss Contract MILC kommen vorrangig den Familienbetrieben zugute. Über dieses Programm wird 45 Prozent der Differenz zwischen einem bundesweit fixierten Zielpreis (die Futterkosten-Milchpreis-Relation wird neuerdings berücksichtigt) und dem aktuellen Milchpreis (Class 1 Boston) an die Erzeuger ausbezahlt. Aber nur für die 1,35 Mio kg abgelieferter Milch. Damit liegt die Deckelung bei rund 130 bis 150 Milchkühen und entsprechend scharf kritisiert wird das Programm seitens der großen Milcherzeuger.

Tom ist neu in den Vorstand des Oregon-Milcherzeugerverbandes gewählt worden. Bio- und konventionelle Milcherzeuger haben doch viele gemeinsame Probleme, erklärt er mir: vorneweg die aus ihrer Sicht völlig überzogene Umweltgesetzgebung, die nur den Strukturwandel vorantreibt. Dabei sind es doch die großen Betriebe, die die Umweltprobleme durch ihre Gülle und klimarelevanten Stickoxidemissionen verursachen. Die Investitionen brechen uns kleinen das Genick und fördern dann nur diejenigen, die an der Misere Schuld sind. Subventionen für den Erhalt des Grünlandes? Beide verstehen mich zunächst gar nicht – wovon ich

überhaupt spreche. Höchstens wenn wir das Ganze hier in ein Naturschutzgebiet mit Niedermoor in der Senke umwandeln würden, erklärt mir Al.

Wir haben unsere Nische gefunden

Am nächsten Tag bin ich mit Tom Nieradka von der Alpenrose Molkerei in Portland verabredet. Tom ist Produktionschef, der 1916 aus einem direktvermarktenden landwirtschaftlichen Betrieb hervorgegangene Alpenrose-Molkerei. Heute verarbeiten 150 Beschäftigte rund 25 Mio kg Milch im Jahr, außer garantiert rbst-freier Trinkmilch zu Sour Cream (Schmand) und Hüttenkäse und vor allem aber zu Speiseeis. Ich will endlich wissen, wie der Milchpreis in den USA zustande kommt. Die beiden Brüder in North Bend konnten es mir nicht erklären. „Nobody knows“ antworteten sie lachend. Ich denke, hier in der Alpenrose-Dairy, die müssen das wissen. Und wieder bekomme ich die gleiche Antwort“ nobody knows“ – das wird einfach festgelegt von der FMO (Verwaltungsstelle der Bundesmilchverordnung, Federal Marketing Organisation) – einer hoch bürokratisch organisierten staatlichen Organisation, die seit 1937 als Überbleibsel aus der New Deal-Wirtschaft rund 80 Prozent der US-Milch in elf Vermarktungsregionen „erfasst“ bzw. Preisgestaltung der Milchhändler und Verarbeiter in den jeweiligen Regionen kontrolliert. Grob gesagt klassifiziert die FMO die von den Verarbeitern und Händlern gemeldeten Milchverkäufe je nach ihrer Verwendung, ermittelt die jeweiligen Mindestpreise für Trinkmilch und für die verarbeiteten Produkte, leiten Mischpreise ab und fixiert diesen als Minimum-Preis, den die Verarbeiter den

Fortsetzung folgende Seite unten



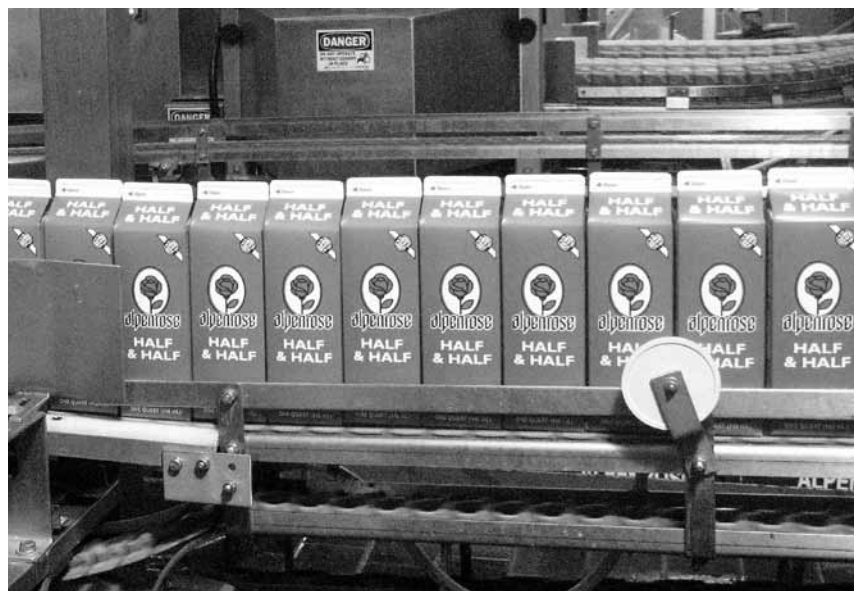
Tom Nieradka ist Produktionschef bei der US-Biomolkerei Alpenrose

Foto: Fink-Kessler

Eine Quote – das wäre nicht schlecht

Mein Weg führt von der bezaubernden Pazifikküste ein paar Meilen weit hoch in die angrenzenden Berge. Es regnet wie aus Kübeln und die 100 Jerseykühe suchen Schutz am Waldrand der Weide. Ich treffe Al und Tom Johnson und ihre Mutter Lucy. Als Lucy und ihr Mann 1959 diesen Betrieb nahe North Bend übernahmen, gab es noch 15 Betriebe in nächster Umgebung. Nun sind sie der einzige. 280 Milchviehbetriebe sind es noch in Oregon, das in etwa die Größe der Bundesrepublik hat, zu zwei Dritteln im Landesinnern aber aus Wüste und Bergen besteht. 100 Milchkühe, das ist immer noch der typische Familienbetrieb in den USA. 1986 haben die beiden Brüder beschlossen, den elterlichen Milchviehbetrieb gemeinsam weiterzubetreiben. Tom arbeitet zusätzlich im Forst. Al hingegen war „schon immer auf dem Hof“. Dieser ernährt nun drei Familien. Vor knapp drei Jahren haben sie auf biologische Landwirtschaft umgestellt. Weniger

wenn es noch eine in erreichbarer Nähe gäbe. Mit dem Preis – Basispreis plus Qualitätszuschlag – sind sie zufrieden, denn er blieb weitgehend stabil, obwohl auch die Biobetriebe von der Preiskrise im Juli 2009 schwer getroffen worden sind. „Eine Quote, das wäre perfekt, das würde uns Kleinen helfen“, meint Tom. Stärker als Europa haben die USA infolge der GATT-Verhandlungen ihre internen Preisstützungen abgebaut und durch andere Instrumente ersetzt. So wird derzeit mit mehreren Milchkuh-Aufkaufaktionen versucht, den Milchpreis zu stabilisieren. Da auch nur Teile der Herde in dieses Aufkaufprogramm gegeben werden können, bedeutet das nicht zwangsläufig eine Betriebsaufgabe. Im Gegensatz zur Inanspruchnahme der „Herdrente“, die die privatwirtschaftliche Initiative „Cooperative Working together-cwt“ der Milcherzeugervereinigung anbietet. Bis zur Biomstellung haben die beiden Brüder umgerechnet 0,22 Cent pro kg produzierter Milch



25 Mio. kg Milch werden jährlich bei der aus einem landwirtschaftlichen Betrieb hervorgegangenen Molkerei Alpenrose verarbeitet.

Foto: Fink-Kessler

Gemeinschaft groß schreiben!

Über die Ziele und die politische Stoßrichtung der MEG MilchBoard

Erzeugergemeinschaften sind in Mode gekommen. Wo die Politik versagt hat, sollen sie nun die erbärmliche Marktposition der Erzeuger stärken. Doch nach zahlreichen verlorenen Schlachten sind viele Landwirte demoralisiert und verlassen sich lieber auf ihre eigenen Wachstumschancen als auf die Solidarität unter Berufskollegen. Verständlich! In dieser verfahrenen Situation kämpft die MEG Milch Board für die bundesweite Bündelung der Milcherzeuger am Markt. Entweder bekämpft oder aktiv totgeschwiegen hat sie in ihrer dreijährigen Karriere am Milchmarkt einiges erlebt und, Gott sei Dank, auch überlebt. An dieser Stelle möchten wir klarstellen, was die MEG Milch Board ist und was sie nicht ist.

Die MEG Milch Board wurde im Frühjahr 2007 auf Initiative des Bundesverbandes deutscher Milchviehhalter auf den Weg gebracht. Nach intensiver rechtlicher Prüfung durch das Bundeskartellamt und die bayerischen Genehmigungsbehörden verständigte man sich auf die Gründung einer Milcherzeugergemeinschaft. Genau genommen wurde sie nicht neu gegründet, vielmehr ging sie aus einer bestehenden Milcherzeugergemeinschaft hervor, der MEG Obergünzburg. Die MEG Milch Board ist ein wirtschaftender Verein (w.V.) und an die in der Satzung festgelegten Aufgaben gebunden. Zentralen Charakter hat die Ausweisung gemeinsamer Vermarktungs- und Verkaufsregeln. Während die direkte Vermarktung sich bisher auf regionale Geschäftsfelder beschränkt, sind die Verkaufsregeln ein fundamentales Thema der MEG Milch Board. Ziel ist die Berechnung eines Basispreises, dessen Durchsetzung für alle Mitglieder verbindlich ist. Um der Basispreisforderung entsprechendes Gewicht zu verleihen, kommt dem Bündelungsgrad eine zentrale Bedeutung zu. Während regionale MEGs leicht gegen-

einander ausgespielt werden können, ist die MEG Milch Board die einzige Milcherzeugergemeinschaft, welche national agiert und durch die Möglichkeit der Doppelmitgliedschaft in verschiedenen Vermarktungsorganisationen (incl. Genossenschaften) jeden einzelnen Milcherzeuger in Deutschland anspricht. Durch die Konzentration auf den Bereich der Verkaufsregeln ist der MEG Milch Board vom Bundeskartellamt eine hohe Bündelungsmöglichkeit eingeräumt worden. Ein Bündelungsgrad von 80 Prozent wäre aus rechtlicher Sicht legitim. Voraussetzung: Der Wettbewerb um die Rohmilch wird nicht ausgesetzt und die Milcherzeuger missbrauchen ihre gestärkte Marktposition nicht. Eine einmalige Chance!

Die MEG Milch Board ist eine neutrale Marktorganisation und muss als solche auch wahrgenommen werden. Neutralität bedeutet Offenheit allen Milchbauern gegenüber, egal welcher Interessengruppierung oder politischen Organisation sie angehören. In der Zielrichtung stehen BDM und ABL dem Milch Board nahe,



Würden alle, die gestreikt haben Mitglied, wäre das Milch-Board ein Machtfaktor.

Foto: Jasper

unterstützen sie doch dessen Bündelungskonzept zum Zwecke der Erzeugerstärkung. Weitere Unterstützung für die gemeinsame Sache muss aber auch über den verbandspolitischen Tellerrand hinaus gesucht werden. Die Ziele liegen trotz kontroverser Diskussion nicht weit auseinander. Die Milcherzeuger brauchen einen Milchpreis, der ökonomischen, ökologischen und sozialen Anforderungen gerecht wird. In diesem Sinne ist ein gemeinsamer Nenner innerhalb des Berufsstands wichtig. Als neutrale Milcherzeugergemeinschaft kann die MEG Milch Board diesen Part am Markt übernehmen. Um der längst überfälligen Bündelung der Milcherzeuger am Markt eine Chance zu geben, sind Toleranz, Diskussionsbereitschaft und die Bereitschaft, Vergangenes hinter sich zu lassen, unerlässlich. Die MEG Milch Board ist dafür bereit!

Rainer von Hösslin, Geschäftsführung
MEG Milch Board
Kontakt: rhoesslin@milch-board.de

Hochwald verkauft Standort in Hessen

Hochwald Nahrungsmittel-Werke GmbH wird zum 1. Januar 2011 den Käseproduktionsstandort Neukirchen inklusive der Marke „Kleiner Strolch“ an die Bauernmolkerei Neukirchen GmbH veräußern. An dem Standort im hessischen Neukirchen produzierte Hochwald Kochkäse und weitere Käsespezialitäten.

Hochwald begründete den Verkauf mit einer weiteren Konzentration auf das Kerngeschäft. Die Uppländer Bauernmolkerei wird den Produktionsstandort Neukirchen ab 1. Januar 2011 fortführen und ca. 30 der derzeitigen Beschäftigten übernehmen. Den übrigen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Neukirchener Werkes wird nach Möglichkeit eine Weiterbeschäftigung an anderen Standorten der Hochwald-Unternehmensgruppe angeboten. Für eine Übergangszeit wurde eine Zusammenarbeit mit dem neuen Eigentümer, z.B. in Bezug auf die Rohmilchbelieferung, vereinbart. „Mit der Bauernmolkerei Neukirchen GmbH, die zu 100 Prozent der Milcherzeugergemeinschaft Hessen w.V. gehört, wurde ein geeigneter Käufer gefunden, der seit vielen Jahren sehr erfolgreich als Spezialist im Molkeproduktsegment agiert“, kommentiert die Hochwald. Die Erzeugergemeinschaft ist auch Mehrheitsgesellschafterin der Uppländer Bauernmolkerei GmbH. pm

Fortsetzung von Seite 6

Genossenschaften bzw. Milchbauern bezahlen müssen. Dieser Preis fließt auch in die Berechnung des MILC ein.

Tom zuckt mit den Schultern. Unterhalb dieses Preises können wir nicht gehen. Wir haben natürlich auch Vorteile: Wir sind ja eine unabhängige Molkerei, d.h. wir haben keine Verträge mit Bauern. Da wir im Pool-System integriert sind, können wir soviel Milch beziehen, wie wir brauchen, und müssen uns nicht um die Erzeugungsebene kümmern. Die in „seinem“ FMO-Pool befindlichen Kooperativen kaufen dann die gewünschte Milch aus anderen Regionen zu. Molkereien mit eigener Milcherzeugerbasis sind oftmals nicht im Pool

und können ihre Auszahlungspreise gestalten, wie sie wollen. Überschreiten sie aber eine bestimmte Verarbeitungsmenge, müssen sie bei der FMO mitmachen, ob sie wollen oder nicht. Das soll verhindern, dass Molkereien dieses Preissystem unterlaufen. Nicht im Pool ist die Biomilch, die die Alpenrose-Dairy von drei Farmen abnimmt. Das sei eine win-win-Situation, meint Tom. Wir geben einen guten Preis und bekommen auf dem Markt ebenfalls einen guten Preis. Ansonsten sei mit Frischmilch nichts zu verdienen, die großen Supermarktketten drücken die Margen für die Verarbeiter bis unter die Schmerzgrenze. Wirtschaftlich getragen wird die kleine Molkerei vom Eis-Verkauf an die 180 Franchise-Nehmer der be-

kannten Baskin Robbins-Eisläden. Vor allem aber lebt sie von ihrem Ruf, regionale und frische Qualitätsmilchprodukte zu erzeugen. Gut läuft daher ihr Geschäft mit kleinen, unabhängigen Ladenketten in Portland, wie zum Beispiel den neun inhabergeführten „New Season“-Läden. So wie die Molkerei setzen auch sie auf den gerade in Portland schon zum Mainstream gewordenen Trend des „regional, natural und organic“. Molkerei und Kunden treffen sich in dieser Nische. Und auf allen Ebenen geht das immer noch vorrangig per Handschlag. Besser wäre es, so Tom abschließend, der Staat würde seine Hände aus dem Spiel lassen. Dann könnte ein guter Wettbewerb stattfinden.

Andrea Fink-Kessler



Im intensiven Austausch: Hans Bernd Hartmann, Dorothee Lindenkamp, Minister Rempel, Bernd Schmitz und Rudi Schwaborn
Foto: Jasper

Abl zu Gast im Ministerium

Auf Einladung des neuen nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministers Johannes Rempel von Bündnis 90/Die Grünen kam eine Delegation der Abl NRW nach Düsseldorf ins Ministerium. Bei dem ersten offiziellen Gespräch nach dem Regierungswechsel wurden eindeutige Forderungen an die zukünftige Landespolitik formuliert. Grundlegenden Bedarf gebe es, die bestehenden Förderprogramme zu durchforsten und an den Ansprüchen bäuerlicher Landwirtschaft auszurichten. Ebenso wurde eine klare Positionierung zur Gentechnikfreiheit bei Futtermitteln als auch beim Saatgut gefordert. Eine zukünftige Förderpolitik dürfe sich nicht als reine Wachstumsförderung darstellen. In Bezug auf die Entwicklungen am Milchmarkt betonten die Beteiligten die Notwendigkeit der Stärkung von Erzeugergemeinschaften. *mn*

Zukünftige Agrarpolitik

Zur Förderung einer ökologisch-sozialen Agrarpolitik hat sich das Bündnis „Agrarzukunft Baden-Württemberg – Bäuerliche Landwirtschaft für Umwelt und Verbraucher“ Mitte Oktober gegründet. Ziele sind der Verzicht auf Agrogentechnik beim Anbau sowie im Tierfutter. Der Bioland-Landesvorsitzende Bertold Weber forderte, dass das Futter überwiegend selbst erzeugt werden müsse. Brasilien exportiere 80 % der Sojaernte, während 30 Millionen Brasilianer hungern. „Bei der industriellen Landwirtschaft geht es nicht um Hunger, sondern um Profit“, folgerte die Bundesvorsitzende der Abl Maria Heubuch. Eine Neuausrichtung der Agrarpolitik mit einer multifunktionale Landwirtschaft mit globaler Verantwortung, der Schutz des Grundwassers und der Artenvielfalt sind weitere Ziele. Mitglieder des Bündnisses sind die Landesverbände der Öko-Landbauverbände Bioland und Demeter, des Bunds für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (ABL), des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter (BDM) sowie das Forum Pro Schwarzwaldbauern, die Hohenheimer Studenteninitiative FRESH und die Menschenrechtsinitiative FIAN Deutschland. *pm*



Neuer Abl-Bundesvorstand gewählt

(v.l.) Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf (1.Vors.), Georg Janßen (Bundesgeschäftsführer), Maria Heubuch (1. Vorsitzende), Bernd Schmitz (Stellvertreter), Gertraud Gafuss (Stellvertreterin), Hendrik Maas (Beisitzer), Mute Schimpf (Schriftführerin) Johanna Böse-Hartje (Beisitzerin), Claudia Schievelbein (nicht anwesend / Kassenwart)

Kurzes am Rande

Wendland im Ausnahmezustand

Größte Anti-Atom-Demo aller Zeiten

Sehr kreativ und friedlich haben Atomkraftgegner aus ganz Deutschland am 6. November 2010 in Splietau ein Zeichen gegen die Politik der schwarz-gelben Regierung gesetzt. Es war die größte Anti-Atom-Demonstration in der Gorleben-Geschichte, an der sage und schreibe 50.000 Menschen teilnahmen. Mit mehr als 400 Bussen waren Atomkraftgegner aus allen Schichten der Bevölkerung ins Wendland gereist. Sie alle erwartete ein prall gefülltes Bühnenprogramm, verschiedene Stände mit regionalem Essen, heißen und kalten Getränken und viel Infomaterial, sowie für die kleinen Atomkraftgegner ein beheiztes Kinderzelt.



Gorleben 2010: Viele Menschen haben den Transport zum längsten der Geschichte gemacht.
Foto: Dott

Der Direktor von Greenpeace international, Kumi Naidoo, war wohl der prominenteste Redner auf der Kundgebungsbühne. Er bezeichnete in seiner Rede den rollenden Castor-Transport nach Gorleben als ein „Tschernobyl auf Rädern“. Weiter sagte er, dass der Transport rechtswidrig, unmoralisch und gefährlich sei. Kanzlerin Merkel müsse den „Atomwahnsinn“ beenden. Daraufhin stimmte ihm die Menge mit einem lauten: „Abschalten, abschalten!“ deutlich zu. Auch regional bekannte Redner, wie BI-Vorsitzende Kerstin Rudek, Luise Neumann-Cusel von X-tausendmalquer und Keit und Claaß Cocolowicz von der Bäuerlichen Notgemeinschaft waren dabei. Es wurde stolz verkündet, dass nicht nur so viel mehr Leute als erwartet angereist waren, sondern sich auch die Landwirte mit 600 Traktoren auf den Weg zur Kundgebung gemacht hatten. Für eine festivalähnliche Stimmung sorgten unter anderem Rocko Schamoni und Bela B. mit Liedern wie „Du wählst CDU darum mach ich Schluss!“ oder die Lüneburger „Schrott-Trommler“. Veranstaltet wurde das Ganze von einem Bündnis, dem folgende Organisationen ange-

hören: Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Bäuerliche Notgemeinschaft Lüchow-Dannenberg, Robin Wood, ausgestrahlt, BUND, campact, contrAtom, Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad. Alle gemeinsam sorgten mit vielen freiwilligen Helfern, die schon Tage im Vorfeld beim Aufbau geholfen hatten, für eine rundum gelungene Veranstaltung.

Die Demo war erst der Anfang!

Nach der Auftakt-Demo zog es Viele nicht gleich wieder zurück in Richtung Heimat, sondern in eines von insgesamt sieben Protest-Camps oder private Unterkünfte im Landkreis Lüchow-Dannenberg. Von dort aus konnte man dann satt und ausgeschlafen an vielen Protestaktionen rund um den Castor-Transport in den nächsten Tagen teilnehmen. Der bis jetzt längste Transport war 92 Stunden von La Hague in Frankreich nach Gorleben unterwegs. Schon in Frankreich wurde der Zug nach den ersten Kilometern von Atomkraftgegnern aufgehalten. Im Wendland begaben sich zu dieser Zeit tausende Castor-Gegner auf die Schienen und Straßen. Bis zu 5.000 Demonstranten befanden sich auf der Bahnschiene bei Harlingen, um den Transport friedlich zu stoppen. Dazu hatten sich mehrere tausend Menschen auf der Straße in Gorleben, dem Ziel des Transportes, zu einer Straßenblockade versammelt. Tierische Unterstützung schickten die wendländischen Bauern auf die Straße, eine Herde von Schafen und Ziegen hielt die Polizei eine ganze Weile auf Trab. In der Nacht von Montag auf Dienstag wurde es dann ernst: Es war die Nacht der Blockaden. Am Montagabend bekamen die Leute auf der Straße am Verladebahnhof in Dannenberg tatkräftige Unterstützung von Greenpeace-Aktivistinnen mit ihrem „Bier-Trojaner“, einem als Getränkelaster getarnten LKW. Aber es war nicht nur eine Nacht der Blockaden, sondern auch eine Nacht der Bauern! Sie zeigten vollen Einsatz, nicht nur als sich einige von ihnen in Breese/Marsch an einen Traktor und in Gorleben an Beton-Pyramiden anketteten. Vor allem aber errichteten sie viele gut organisierte Treckerblockaden in der Göhrde, Harlingen und an so gut wie allen wichtigen Straßen, Kreuzungen und Verkehrskreiseln im Landkreis. Mit kleinen und großen Traktoren stellten sich die Landwirte quer, um den Polizeieinsatz zu behindern und den Castor-Gegnern auf der Straße und der Schiene „den Rücken freizuhalten“. Damit hat der bäuerliche Protest einen nicht zu unterschätzenden Anteil an dem immer größer werdenden Widerstand im Wendland. Und das wird auch in Zukunft so bleiben!

Maika Müller macht, wenn sie sich nicht gegen Atom-transporte engagiert, ein Praktikum bei der unabhängigen Bauernstimme

Betriebsspiegel

Der elterliche Landwirtschaftsbetrieb liegt im Wendland
85 Kühe mit eigener Nachzucht,
110 ha, davon 80 ha Acker und
30 ha Grünland

Während meines einjährigen Praktikums nach der Fachschulzeit zog es mich jetzt weg von meinem elterlichen Hof in Prezelle im Wendland, hin zur *Bauernstimme* nach Hamm in Nord-Rhein-Westfalen. Da mein älterer Bruder den Betrieb meiner Eltern übernehmen wird, möchte ich die Zeit bei der *Bauernstimme* nutzen, um nach neuen Herausforderungen und Alternativen für meine weitere berufliche Zukunft zu suchen. Nach den ersten Tagen meines Praktikums habe ich fast fünf Stunden Autofahrt auf mich genommen, um an der Auftaktdemo zum Castor-Transport 2010 teilnehmen zu können. Als Landwirtin aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg natürlich mit dem Trecker!! Schon Wochen vor dem geplanten Castor-Transport informierte die Bäuerliche

Notgemeinschaft in der Elbe-Jeetzel-Zeitung fast täglich über die geplanten Aktionen in und um Gorleben. Unter anderem gab es natürlich auch den Aufruf an die Landwirte, sich mit ihren Traktoren am Samstag, den 6. November 2010 zur Kundgebung aufzumachen. Um dabei für einen reibungslosen Ablauf zu sorgen, wurden im Vorfeld Treffpunkte für die Treckerfahrer bekannt gegeben.

Bevor ich am Samstagmorgen mit meinem Trecker los fahre, befestige ich noch die grüne Wendlandfahne mit der orangen Sonne am Spiegel, denn die darf heute selbstverständlich nicht fehlen. Dann noch schnell das T-Shirt der Bäuerlichen Notgemeinschaft angezogen, getankt und auf nach Klein Gusborn. Als ich am Sammelpunkt für die Treckerfahrer ankomme, ist das halbe Dorf schon mit Traktoren blockiert und stetig werden es mehr und mehr.

Bis es weiter geht, bleibt noch kurz Zeit, um zu erkunden, wer denn noch so alles

dabei ist. Ich sehe viele bekannte Gesichter, die Stimmung ist prima und ich staune, wie viele Landwirte sich auf den Weg gemacht haben. Zwischen 11 und 12 Uhr geht es weiter in Richtung Kundgebungsort, der sich auf einem abgeernteten Maisacker zwischen Splietau und Dannenberg befindet, unweit des Verladekrahns, der die Castoren von der Schiene auf Lastwagen heben wird. In zwei Reihen nebeneinander setzt sich die Kolonne in Bewegung. Als Treckerfahrer, also mitten im Geschehen, fällt es mir zu diesem Zeitpunkt schwer, die Masse an Fahrzeugen zu überblicken, aber es ist ein tolles Gefühl, mittendrin dabei zu sein! Nicht nur wir sind unterwegs, auf dem Fahrradweg neben der Straße werden es immer mehr Fahrradfahrer und Fußgänger, die sich auch auf den Weg zur Demo machen.

Ich höre, dass es mittlerweile insgesamt 600 Trecker geworden sind, deshalb können leider nicht alle bis aufs Kundge-

bungsgelände vorfahren. Also wird der gesamte Ort Splietau mit Fahrzeugen versperrt und ich muss meinen Trecker mit vielen anderen zusammen am Straßenrand schon vor dem Ortseingang zurücklassen.

Jetzt geht es zu Fuß weiter, der Weg führt durch eine Unzahl von Traktoren, vorbei an etlichen Polizisten hin zum eigentlichen Demo-Gelände, das schon mit einer Masse von Menschen gefüllt ist. Es strömen immer mehr Leute auf den Platz. Insgesamt nehmen 50.000 Atomkraftgegner an der größten Anti-Atom-Demonstration in der 33-jährigen Gorleben-Geschichte teil.

Das Treiben auf dem Platz ist beeindruckend. Viele Teilnehmer von jung bis alt mit bunten und sehr kreativen Verkleidungen und Plakaten, Musik aus allen Richtungen und immer wieder ertönt durch die Reihen ein friedliches, aber sehr bestimmtes: „Abschalten, abschalten!“ Der Stand der Bäuerlichen Notgemeinschaft mit T-Shirts, Plakaten, Kalendern und Informationsmaterial wird kurzerhand als kleiner Treffpunkt zwischen mir und ein paar Bekannten ausgemacht, um sich bei Bedarf zwischen einer Masse an Menschen schnell wieder zu finden. Natürlich ist ein Highlight die Rede von Keit und Claaf Chocowicz von der Bäuerlichen Notgemeinschaft, die im Namen der Landwirte verkünden: „Wir stellen uns mit den Treckern quer.“ Langsam neigt sich ein „bunter Nachmittag“ mit sehr ernstem Hintergrund dem Ende zu und ich mache mich mit meinem Trecker wieder auf den Weg nach Hause. Dieser führt an viel Polizei, aber an noch viel viel mehr gelben und teilweise sogar beleuchteten X-Symbolen vorbei. Ich bin stolz, mitgefahren zu sein.

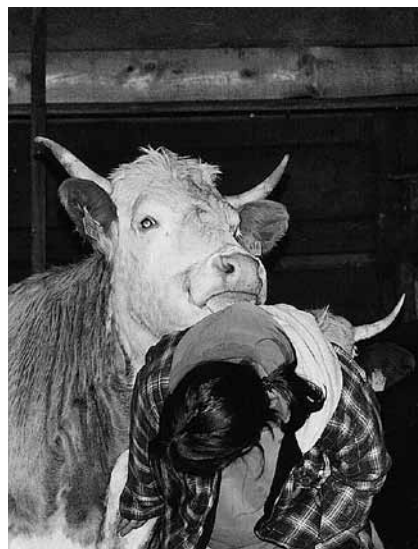
600 Trecker gegen Atomkraft und ich war live dabei!
Maike Müller

600 Trecker gegen Atomkraft

Luna ist unsere erste eigene Kuh. Sie hat im August ihr erstes Kalb gekriegt und gibt uns seitdem täglich sechs Liter Milch. Manchmal auch acht, wenn die Weide frisch ist. Luna ist stets kugelrund, auf unseren zahlreichen Steilhängen fix unterwegs und immer am Fressen. In ihrer ersten Laktation summieren sich bis zum nächsten Frühjahr etwa 1.800 kg Milch, wenn sie weiter so fleißig bleibt. Luna ist mir ganz besonders ans Herz gewachsen, wahrscheinlich weil sie die Erste und außerdem unsere einzige Blondine ist. Ihre inzwischen vier Mitkühle tragen alle eher rotbraun.

Auch, weil sie und ihr damals noch ungeborenes Kalb den nächtlichen Sturz von einer vier Meter hohen, ziemlich senkrechten und felsigen Straßenböschung gut überstanden haben. In dieser Nacht Ende Juni wurden wir von einem Autofahrer aus dem Schlaf geholt. Ich trat ans Fenster und auf mein „Hallo?“ wollte er wissen, ob da unsere Kuh auf der Straße stehe. Tatsächlich fanden wir Luna fünf Minuten später ziemlich verstört am Straßenrand vor. Wir konnten sie dazu bewegen, zu ihren Kolleginnen auf die Weide zurück zu gehen, und erstmal nur feststellen, dass sie außer ein paar Schrammen unverletzt schien, und den kaputten Zaun reparieren.

„Das Kalb lebt“, verkündete die Tierärztin am nächsten Morgen, für Luna empfahl sie Globuli und Abwarten. Luna, bislang sehr schmusig zu ihren Menschen und sehr dominant gegenüber ihren jüngeren Artgenos-



Luna ist Spitze!

sinnen, veränderte sich. Uns ließ sie nur mit Einstellen und Festbinden an sich ran, um ihre Kolleginnen machte sie große Bögen. Und ihr linkes Horn stand plötzlich ein bisschen schief.

Der Kalbtermin nahte und ich wurde nervös. Würde alles gut gehen mit der Geburt oder hatte Luna innere Verletzungen, die ihr Probleme machen würden? Würde unsere erste „eigene“ Kuhgeburt eine Katastrophe werden und unser Traum vom eigenen Hof einen herben Dämpfer kriegen?

Alles ging bestens. Heute ist Luna wieder schmusig, nur der vernarbte Wulst an ihrem Horn und der eingebüßte Rang Eins in der Kuh-Hierarchie erinnern noch an den Sturz. Übrigens hat der Sturz bei Luna nicht zu einem „Minder-Milchmen-

gen-Syndrom“ geführt. Sie ist eine echte Hinterwälder-Kuh und ihre Milchleistung für die erste Kalbung vollkommen in Ordnung. Wenn sie noch ein paar Geburten mehr hinter sich hat, sind bis zu 3.000 kg Milch schon drin – nur mit Gras- und Heufressen. „Aufgrund der hohen Widerstandskraft, Anpassungsfähigkeit, Trittsicherheit und Steigfähigkeit eignet sich das Hinterwälder-Rind in der Milch- und Mutterkuhhaltung sehr gut in extensiven steilen Hanglagen, aber auch für feuchte und wenig tragfähige Standorte, wie sie für die Hochlagen des Südschwarzwaldes typisch sind“, wirbt der Förderverein Hinterwäldervieh. Also Kühe glücklich, Landschaft erhalten – und Bauer zufrieden? Ich bin überzeugt, dass die Hinterwälder so ziemlich die ein-

zige Kuh-Rasse sind, die an unseren Steilhängen gut klarkommen. Bis jetzt sind keine Stoffwechselkrankheiten, Euter- und Klauenprobleme aufgetaucht. Unser Betrieb läuft erst an und wir wollen eine Hofkäserei aufbauen. Ich hoffe natürlich, unser Steilhang-Käse schmeckt besonders gut und Luna und ihre bezaubernden landschaftserhaltenden Kolleginnen lassen die Geldbeutel der kommenden Kundschaft locker sitzen.

Elke Dagenbach

Betriebsspiegel

reiner Grünlandbetrieb im Südschwarzwald
23 ha, 4 ha davon mit dem Schlepper mähbar, wenn man gute Nerven hat
mein Mann und ich, 5 Hinterwälder-Kühe, 5 Kälber, 3 Jungtiere, 12 Ziegen zur Landschaftspflege

Für ein Bauverbot von Agrarfabriken!

Die Abschaffung des Bauprivilegs nach § 35 Baugesetzbuch steht auf der Tagesordnung

Wo immer eine Agrarfabrik gebaut werden soll, da gibt es Widerstand von Anwohnern und immer öfter auch von Bauern. Die Gründe: Qualhaltung tausender und zigtausender Tiere, Belastung von Umwelt und Anwohnern durch Emissionen, Keime und Feinstaub, Verdrängung bäuerlicher Betriebe und artgerechter Tierhaltung. Auch viele Gemeinden wehren sich gegen die Belastung ihres Außenbereichs. Je mehr Bürgerinitiativen und Kommunen zäh gegen einzelne Anlagen und die investorenfreundlichen Genehmigungsverfahren ankämpfen müssen, desto stärker wird die Forderung nach einem grundsätzlichen Bauverbot für Agrarfabriken. Da diese bisher vor allem nach der Privilegierung gemäß § 35.1.4 des Baugesetzbuches (BauGB) genehmigt werden, wird in kommunalen Spitzenverbänden, in Gremien des Bundesbauministeriums und – seit einer Initiative der rotgrünen NRW-Regierung – auch im Bundesrat über die Streichung dieser „Privilegierungs“-Regelung diskutiert.

Stallbau-Privileg

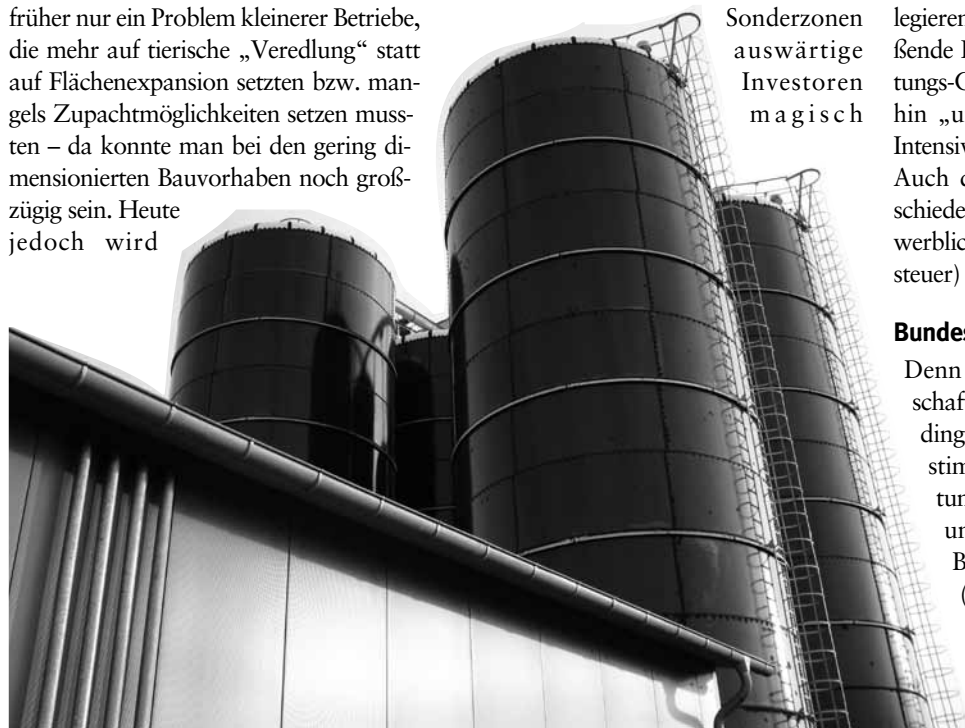
Grundsätzlich soll der Außenbereich einer Gemeinde frei gehalten werden von jeglicher Bebauung – so der eherne Grundsatz der Bau- und Städteplanung. Wenn jemand abweichend davon im Außenbereich bauen darf, dann bedarf es für diese „Privilegierung“ wirklich guter Gründe. Der Landwirtschaft hat man im § 35.1.1 des Baugesetzbuchs zu Recht dieses Privileg zugestanden, mit folgender Begründung: „Landwirtschaft“ ist im Sinne des Baurechts (§ 201 BauGB) „insbesondere der Ackerbau, die Wiesen- und Weidewirtschaft einschließlich Tierhaltung, soweit das Futter überwiegend auf den zum landwirtschaftlichen Betrieb gehörenden landwirtschaftlich genutzten Flächen erzeugt werden kann...“. Der Bezug der Stallbauten zum hofeigenen Futter und den nahen Futterflächen (stallnahe Weide) ist also die einzig logische Begründung. Die Beschränkung auf mindestens 50% Hof-Futter ist dabei vernünftig, weil nicht alle Futtermittel auf allen Flächen oder allen Betrieben angebaut werden können. Im Raumordnungsgesetz (ROG) war diese Privilegierung ausdrücklich für die „bäuerlich strukturierte“ Landwirtschaft vorgesehen – so der Agrarrechtler Volkmar Nies („Ldw. Bauen im Außenbereich“, Münster 2000): Dabei sei der bäuerliche Betrieb weniger durch seine Größe, sondern insbesondere durch seine Arbeitsverfassung gekennzeichnet. Und diese sei, so Nies, definiert durch die Arbeit von Familienangehörigen, die einen Betrieb im persönlichen Interesse unter eigenverantwortlichem Handeln im Generationen-

wechsel führen. 1997 wurde der Begriff „bäuerlich“ durch die Bodengebundenheit der Produktion ergänzt.

Wenig nachvollziehbar sind allerdings die Aufweichungen dieses Grundsatzes: Muste man die Hälfte des Futters früher wirklich noch anbauen, so wurde dies zuletzt zurechtgestutzt auf die abstrakte Möglichkeit, dieses Futter zumindest theoretisch anbauen zu können. Selbst die verlangte räumliche Nähe der Eigentums- und Landfrist-Pachtflächen wird häufig übergangen. Klar ist, dass diese „landwirtschaftliche Privilegierung“ nicht gilt für die Tierhaltung jener Betriebe, die wegen zu geringer Futterflächen als nicht bodengebunden bzw. als nicht landwirtschaftlich (also „gewerblich“) gelten. Dies war früher nur ein Problem kleinerer Betriebe, die mehr auf tierische „Veredlung“ statt auf Flächenexpansion setzten bzw. mangels Zupachtmöglichkeiten setzen mussten – da konnte man bei den gering dimensionierten Bauvorhaben noch großzügig sein. Heute jedoch wird

zweifelhafte mit der Flut der jetzigen Bauanträge für große Agrarfabriken nicht mehr verglichen werden kann, liegt auf der Hand. Baurechtsexperten wie Ministerialdirigent a.D. Professor Dr. Wilhelm Söfker weisen in einem Gutachten für den Landkreis Emsland darauf hin, dass in diesen Fällen der Bezug zu Futterflächen nicht gegeben sei und dass solche Mastanlagen genau wie andere Industrieanlagen in Gewerbegebiete gehören. Die Emissionen durch die hohen und hochkonzentrierten Tierzahlen könnten – wie bei anderen Industriebetrieben in den Gewerbegebieten auch – durch Filter begrenzt werden. Es müsse auch nicht in jeder Gemeinde ein Gewerbegebiet oder eine Sonderzone für Agrarfabriken geben,

zumal solche Sonderzonen auswärtige Investoren magisch



Agrarindustrielle Anlagen müssen ins Industriegebiet.

das Bauen im Außenbereich vor allem von außerlandwirtschaftlichen und gewerblichen Investoren mit riesigen Stallanlagen genutzt. Sie berufen sich dabei auf den § 35.1.4. des Baugesetzbuchs, der angeblich für diese nichtlandwirtschaftlichen Ställe gedacht sei.

Agrarfabriken ins Gewerbegebiet

Genau dies ist aber nicht der Fall: Der § 35.1.4 regelt Vorhaben, die wegen ihrer „besonderen Anforderungen an die Umgebung“, ihrer „nachteiligen Wirkung auf die Umgebung“ oder wegen ihrer „besonderen Zwecksetzung“ nur im Außenbereich ausgeführt werden sollen. Dass darunter auch gewerbliche Stallanlagen fallen sollen, gründet sich lediglich auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahre 1983, das den Bau eines (damals noch relativ seltenen) Geflügelmaststalls erlaubte. Dass dieser damalige Ein-

ziehen würden. Auch der Hinweis auf die „Ähnlichkeit“ der Agrarfabriken mit landwirtschaftlichen Ställen, so Prof. Söfker, ziehe nicht, weil es im Baurecht hier nicht auf stalltechnische Gegebenheiten ankomme, sondern auf den hier unbedingt zu fordernden Bezug zur Fläche als Voraussetzung für eine Privilegierung. In den verschiedenen Absätzen des § 35 sei die gewerbliche Tierhaltung nirgends als Privilegierungs-Tatbestand genannt – dies belege nachdrücklich, dass der § 35.1.4 eben nicht für deren Genehmigung gedacht sei, sondern als Auffang-Paragraf für absolute Einzelfälle. Bei der jetzigen Genehmigungspraxis für unzählige solcher Vorhaben aber könne jeder zufällige Eigentümer eines Grundstücks irgendwo im Außenbereich das wichtige Steuerungs- und Gestaltungsrecht der Kommunen aushebeln.

Wer nun auf die Möglichkeit der Gemein-

wendige, teure, flächendeckende) Flächennutzungspläne oder Bebauungspläne zu verhindern, der verkenne, dass das Baurecht den Gemeinden kein bloßes reaktives Abwehrrecht gegen eine ungeordnete Vielzahl von Einzel-Anträge geben solle, sondern ein positives Gestaltungsrecht auf Grundlage des grundsätzlich baufreien Außenbereichs. Ein Großteil der vom Bundesbauminister eingesetzten Experten zur Neuformulierung des Bundesbaugesetzes kommt bei der Debatte zur Intensivtierhaltung und zur „Entprivilegierung“ von Massentierhaltungsanlagen denn auch zur Aussage, dass „viele Gemeinden an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeiten“ seien und dass Anlagen wegen ihrer Dimensionen nicht generell zu privilegieren seien. Dazu sei jetzt eine abschließende Klärung durch das Bundesverwaltungs-Gericht angesagt. Man müsse ohnehin „unterschiedlichen Strukturen von Intensivtierhaltungen Rechnung tragen“. Auch dies ein Hinweis auf die Unterschiede von landwirtschaftlichen und gewerblichen Ställen (wie bei der Gewerbesteuer)

Bundes-Immissionsschutz-Gesetz

Denn auch innerhalb der „landwirtschaftlichen Privilegierung“ wäre unbedingt zu differenzieren. Oberhalb bestimmter Tierzahlen kann eine Haltung nicht mehr bäuerlich, artgerecht und umweltverträglich sein. Das Bundes-Immissionsschutz-Gesetz (BImSchG), das die Umweltgefährdung durch Industriebetriebe (einschließlich Agrarfabriken) regelt, gibt mit seinen Tierzahlen die Vorgabe für ein größenabhängiges Bauverbot: nämlich 30.000 Geflügel-, 1.500 Mast-

Foto: Niemann

schweine- oder 650 Sauenplätze. Diese absolute Stallbau-Obergrenze muss – zum Schutz von bäuerlicher Struktur und von Tier- und Umweltschutz – auch für flächenstarke Betriebe (oder für die hinter ihnen stehenden Investoren) gelten, die sonst genügend theoretische Futterfläche für den Bau von riesigen Ställen vorschieben könnten. Die Expertenkommission beim Bundesbauministerium fordert hinsichtlich der Streichung des § 35.1.4 zur Diskussion auf. Die Debatte über Haltungsvorgaben für eine artgerechten Tierhaltung ergänzt diese Diskussion. Kommunen, Verbände, Politiker, Bürgerinitiativen und Bauern werden diese Auseinandersetzung weiter anstoßen und nutzen – für eine artgerechte Tierhaltung in bäuerlichen und umweltgerechten Stall-Dimensionen und in lebendigen ländlichen Regionen.

Eckehard Niemann

Die Königin des Ackerbaus

In Berlin diskutieren Fachleute und Politiker eine nationale Eiweißstrategie

Unter diesem herrschaftlichen Titel wurde die Leguminose dargestellt, auf der Fachtagung zur Eiweißstrategie der Grünen. Friedrich Ostendorff, langjähriges AbL-Mitglied und agrarpolitischer Sprecher im Bundestag für Bündnis 90/die Grünen lud Ende Oktober zur Expertenrunde. Wissenschaftler, Züchter, Praktiker und Futtermittelvertreter diskutierten die Frage nach der Realisierbarkeit der heimischen Eiweißfuttermittelproduktion.

Sowohl Friedrich Ostendorff, als auch Bärbel Höhn, stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/die Grünen, betonten die internationale Hauptrolle der Sojabohne, die unter den Leguminosen den höchsten Eiweiß- und Aminosäuregehalt aufweist. Im Anbau liegt die EU mit einer Produktion von Soja von 750.000 t weit hinter ihrem Bedarf zurück. Sie importiert etwa 14 Mio. t, vorwiegend aus Brasilien und den USA. Vor allem in den USA handelt es sich zu 99 % um gentechnisch veränderte Pflanzen.

Falsche Denkweise

Die Verbindungen des Futtermittels zu den hiesigen Problemen der Massentierhaltung, Klimawandel, Verlust der Artenvielfalt und Hunger und Armut in Entwicklungsländern sind weitläufig. Die von der Bundesregierung forcierte Steigerung der Fleischproduktion ist ohne den Import von Soja nicht zu bewerkstelligen und schafft gleichzeitig in den Anbaugebieten des Südens einen lukrativen Markt, mit der Folge von Flächenkonkurrenz zu Lebensmitteln. Sie steht damit im Gegensatz zu dem Ziel, den Hunger in der Welt zu bekämpfen. Die Fachvorträge machen klar: Wenn sich an der Situation der einheimischen Eiweißfuttermittelproduktion etwas ändern soll muss zuerst in die Züchtung von standort-

angepassten Sorten investiert werden. Die bisher eingetretenen Ertragsschwankungen können keine sichere Versorgung der EU mit Eiweißfuttermitteln gewährleisten.

Keine Forschung

Davon ist die Realität noch weit entfernt. Wie Dr. Christian Schüler ausführte, gibt es für Weizen beispielsweise 15 Zuchtprogramme, bei der Ackerbohne sind es nur 1 bis 2. Landwirte verfügen bei Weizen über 111 verschiedene zugelassene Sorten, bei der Ackerbohne sind es nur 12.

Doch anstatt in Zuchtprogramme zu investieren, werden Alternativen auf dem Markt angeboten. Diese reichen von synthetischen Aminosäuren, dem Einsatz von tierischen Proteinen in Form von Blut-, Knochen- und Fischmehl zu Protein aus effektiven Mikroorganismen. Dabei gibt es nach Einschätzung von Vertretern der Futtermittelindustrie Potenzial für große Mengen einheimischer Eiweißfuttermittel. Von einem guten Beispiel, in dem die Versorgung mit einheimischen Futtermitteln in kleinen Kreisen realisiert wird, berichtete Peter Gerber als Referent für Landliebe. Mit dem Erfolg, dass nicht nur die Arbeit ohne Gentechnik herausgestellt wird, gleichzeitig schafft diese Art der Erzeugung eine erstarkende Verantwortung für eine geschlossene Produktion.

Unterstützung bekommen solche Initiativen aus den Reihen der AbL, deren Forderung zusammen mit den Plattformverbänden eine Einführung von 25 Prozent Leguminosen in die Fruchtfolge ist. Dieser Forderung schließt sich auch Friedrich Ostendorff an, als einzig mögliche ökologische Antwort auf die geschilderten Probleme. Derweil lässt die angekündigte Eiweißstrategie der Bundesministerin auf sich warten. Lea Unterholzner, jAbL

Kurzes am Rande

Legehennen-Zucht in Konzernhand

Nur mehr drei Unternehmensgruppen beherrschen nach Angaben der aktuellen Ausgabe des „Geflügeljahrbuchs“ bereits im Jahr 2006 die Zucht von etwa 90 Prozent des weltweit verfügbaren Marktes von Legehennen. Nachdem es Ende der 60er Jahre noch etwa 50 Zuchtfirmen gab, verringerte sich die Zahl bis 1991 auf sechs Unternehmen. Im Jahr 2010 dominieren im Zuchtgeschäft – neben einigen kleinen nationalen Zuchtbetrieben – nur noch die multinationalen Konzerne EW Group und Hendrix Genetics, die in allen relevanten Ländern Großeltern-tier-Farmen für die Erzeugung von Bruteiern betreiben:

Die EW Group (Erich-Wesjohann-Gruppe, Visbek) mit ihren Tochterfirmen Lohmann, Hy-Line, H&N, Aquagen, B.U.T., Nicholas und Avia-gen und ihrem Weltmarkt-Anteil von 50 % ist zugleich Weltmarktführer in der Zucht von Masthühnern und Puten („BIG 6“ und „BIG 9“). Die EW Group ist zudem verwandtschaftlich und geschäftlich eng verflochten mit der in der agrarindustriellen Geflügelmast dominanten PHW Group (Paul-Heinz-Wesjohann-Gruppe, „Wiesenhof“) und zudem engagiert in der Herstellung von Futtermittel-Zusätzen, Lebensmittelzusätzen für Functional Food, Tiermedikamenten, Futtermitteln und Impfstoff-Eiern sowie in der Pilzzucht („Wiesenhof Pilzland“) und in der Eiverarbeitung („Eipro“). Der Konzern Hendrix-Genetics (Boxmeer, Niederlande) deckt mit seinen Tochterunternehmen den anderen Teil der Weltmärkte ab – in der Legehennenzucht (ISA), Schweinezucht (HYPOR), Putenzucht (HYBRID) und Geflügeldistribution (SPPA, Joice und Hill, Integra). Der Mutterkonzern Nutreco ist zudem einer der Global Player bei der Herstellung und dem Handel mit Futtermitteln. en

Ferkelpreise auf dem Tiefpunkt

Den gegenwärtigen Absturz der Ferkelpreise erklärt Dr. Hortmann-Scholten (Landwirtschaftskammer Niedersachsen) in der *BauernZeitung* damit, dass die „reinen Ferkelerzeuger ein unfertiges Produkt aus der Hand“ gäben, das momentan nur mit Abschlägen zu vermarkten sei. Hinzu kämen preisaggressive Ferkelangebote von Großpartien aus Holland und Dänemark und die geringe Kauf- und Aufstallbereitschaft der ferkelabnehmenden Schweinemäster. Als Gründe hierfür nannte er die unbefriedigenden Mastschweinepreise und die steigenden Futterkosten. Neben steigenden Futtergetreidepreisen infolge der geringeren Getreideernte würden vor allem die Preise für Proteinfutter hoch bleiben – China kaufe den Sojamarke leer. Trotzdem würden vor allem die neu aufgebauten Mastkapazitäten in den Intensivgebieten aus Kostengründen Ferkel aufstellen, statt die Mastställe leer stehen zu lassen. Hortmann-Scholten hofft auf das vorgezogene Weihnachtsgeschäft und auf steigende Exporte der Fleischüberschüsse, die aber vom Wechselkurs des Euro abhängig blieben. Die Ferkel-, Schweine- und Futtermärkte seien momentan voneinander entkoppelt: „Steigende Futterpreise bedeuten nicht automatisch höhere Schweinepreise, stabile Schweinepreise nicht unbedingt anziehende Ferkelnotierungen...“ Die Fortsetzung der „globalen Wirtschaftsdynamik“ werde zu stark steigenden Energiepreisen führen. Die Schweinehalter bräuchten einen „langen Atem“. en

Bessere Haltung statt Tetracyclin

Nachdem Russland für Schweinefleisch-Importe eine Nulltoleranz hinsichtlich von Antibiotika-Rückständen gefordert hatte, wurden 40 deutsche Fleischzentren für den Russlandexport gesperrt, die Hälfte davon wegen Tetracyclin-Funden. Etwa 76 % der deutschen Drittlandexporte gehen nach Russland – deshalb plädiert der deutsche Verband der Fleischwirtschaft dafür, ähnlich wie Dänemark eine Zusatzklärung der Mäster einzufordern, in der diese sich zum Verzicht auf Tetracyclin in den 42 Tagen der Endmast verpflichten. Dr. Hortmann-Scholten (Landwirtschaftskammer Niedersachsen) hält das für schwierig, denn bei Atemwegserkrankungen habe das kostengünstige Tetracyclin einen hohen Stellenwert. Dr. Schulte-Wülwer (Leiter des Schweinegesundheitsdienstes Niedersachsen) hält sogar ein Verbot des Tetracyclin-Einsatzes während der gesamten Mast für erforderlich, um Spuren im Fleisch zu vermeiden. Ein Verzicht auf dieses Breitband-Antibiotikum werde für viele Mäster schwierig, weil es sich zur Verabreichung über das Futter oder Tränkwasser eigne. Der Experte plädiert für bessere Haltungsbedingungen, eine angepasste Fütterung, gezieltes Impfen und den Bezug gesunder Ferkel. en



Ackerbohnen, als Eiweißträger, müssen vermehrt angebaut werden.

Foto: Menzler/©BLE

Über 170 Bäuerinnen und Bauern waren aus der gesamten Republik nach Altenkirchen in den Westerwald gekommen, um sich über die Ziele einer zukünftigen bäuerlichen Landwirtschaft auszutauschen. Während die abendliche Eröffnungsdiskussion einen weiten Bogen vom Wesen des Marktes über notwendige Regulierungen bis hin zu konkreten Forderungen und der Mobilisierung einer breiten Gesellschaftsschicht spannte, ging es in den Foren des darauf folgenden Tages neben der EU-Agrarreform um Milchbauernbewegung, Gentechnik und Patente, Hühnerhaltung und die BVD-Impfung.



Bäuerliche Landwirtschaft als Zukunftslandwirtschaft

Referenten diskutierten über den Markt, die Aufgaben der Politik und das Selbstverständnis der Bauern

Hochkarätig besetzt war auch in diesem Jahr das Podium der Tagung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in Altenkirchen im Westerwald.

Neben der und dem Bundesvorsitzenden der AbL, Maria Heubuch und Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, war es gelungen, Christiane Grefe, Redakteurin bei der Wochenzeitung *Die ZEIT*, zu gewinnen. Auch aus Berlin angereist war Herman Josef Tenhagen, Chefredakteur des *Finanztest* sowie der SPD Bundestagsabgeordnete und IG-Nachbau-Anwalt Matthias Miersch. Die Moderation übernahm Ulrich Jasper von der Geschäftsführung der AbL.

Gesellschaftliche Relevanz

Die Erinnerungen an Anti-Atomdemonstrationen in Gorleben und den bürgerlichen Widerstand gegen Stuttgart 21 sind allseits präsent, so Jasper. Die Bevölkerung hat sich politisiert, ganz unabhängig von Parteien. Gesellschaftliche Prozesse werden hinterfragt, Mitspracherechte eingefordert. Dass dieses Phänomen auch für die Agrarpolitik zutrifft, dessen ist sich Christiane Grefe sicher: „Vor allem die Bauern des Südens haben das Interesse bei weiten Teilen der Bevölkerung geweckt.“ Insbesondere der Nahrungsmittelkrise vor zwei Jahren schreibt die Zeitredakteurin diese Entwicklung zu. Die herkömmliche Berührung mit der Landwirtschaft über gutes und schlechtes Essen, ein von der Nahrungproduktion verursachtes gutes oder schlechtes Gewissen sind abgelöst worden von den Fragen nach Ernährungssicherheit, gerechter Verteilung, Klimawandel, usw.

Konzentrationen regeln

Die Ressourcen Wasser, Energie und Ernährung sind Konzentrationsprozessen unterworfen. Im Bereich der Energie dominieren beispielsweise vier

große Unternehmen den gesamten Strommarkt der Bundesrepublik. Aufgabe der Politik sei es, so Miersch, die Interessen der Allgemeinheit gegenüber dieser kleinen Gruppe abzusichern. „Die Landwirtschaft hat die Aufgabe, die Ernährung der Bevölkerung zu decken. Der Staat und die Politik haben die Möglichkeit, steuernd auf die Art der Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion einzuwirken.“ Er plädiert für einen neuen Staatsbegriff, in dem die Politik wieder mehr und direkter steuernd eingreift.

Lernen aus der Krise

Die Finanzkrise hat auch die Politik überrascht. Jetzt ist es ihre Aufgabe, die Mechanismen zu erfassen und zu re-

ihren Produkten verloren“, beschreibt Tenhagen, der selbst vom Bauernhof kommt, seine Wahrnehmung. „Die Ernte wird einfach abgeliefert, die Vermarktung übernimmt der Landhandel. Dabei sind die Verbraucher bereit, für besondere Qualitäten mehr zu zahlen.“ Es gäbe ein Wissensdefizit bei den Verbrauchern aber auch bei den Bauern. Beide sind nicht auf Augenhöhe mit ihren Marktpartnern.

Ökologie und Klimaschutz

Marktregulierungen in Folge eines Eingreifens durch die Politik sind notwendig, ist sich Miersch sicher. Vor allem, wenn es darum geht, gesellschaftliche Werte, die nicht Teil des Handelsguts sind, zu sichern. Der Markt denkt nicht

interessieren.“

Eine Unterteilung in „Regulierung gut“ und „Deregulierung schlecht“ greift zu kurz, macht Graefe zu Baringdorf deutlich. Die Einführung der Milchkontingentierung 1984 war dazu gedacht, die Milchviehhaltung zu stabilisieren. Bewirkt hat sie indes, dass drei Viertel der bäuerlichen Betriebe seitdem zerstört wurden.

Dass Politik in der Vergangenheit immer zu Lasten bäuerlicher Strukturen und zu Gunsten von Verarbeitern und Vermarktern entschieden hat, betont Graefe zu Baringdorf. Der Ruf nach Politik erfordert den notwendigen Druck. „Wichtig ist es, Allianzen zu schließen, um ein breites gesellschaftliches Bündnis zu organisieren“, so der AbL-Bundesvorsitzende. „Wir Bauern müssen erklären, welche Leistungen wir erbringen.“ Erfreut zeigt er sich über die große Aufmerksamkeit, die die Landwirtschaft derzeit in der Bevölkerung genießt. „Es gelingt uns, jetzt ganz neue gesellschaftliche Schichten zu erreichen.“ Das gestiegene öffentliche Interesse, so ist sich Christiane Grefe von *Der Zeit* sicher, hat seine Ursache auch in der Erkenntnis der Tragweite von Landraub, enormen Preissteigerungen und Volatilität.

Fazit

„Es gibt viele positive Entwicklungen, die oftmals auch von den Bäuerinnen und Bauern selbst mit angeschoben wurden. Insbesondere der Milchstreik ist hier zu nennen“, fasst Maria Heubuch in ihrem Abschlussstatement zusammen und hebt hervor, dass der EU-Agrarkommissar in seinem Papier der Landwirtschaft eine Multifunktionalität zuschreibt. Bei der Ausrichtung der zukünftigen Agrarpolitik kommt es jetzt darauf an, die gesellschaftlichen Kräfte zu bündeln und Politikern wie dem EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș den Rücken zu stärken, um eine bäuerliche Zukunft zu sichern. *mn*



Garanten einer spannenden Diskussion (v.l.): Dr. Matthias Miersch, Christiane Grefe, Maria Heubuch, Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Hermann-Josef Tenhagen und Ulrich Jasper Foto: Herzog

gieren. Dazu hat sie so Tenhagen als demokratische Instanz sowohl das Recht als auch die Pflicht. Markt sei ein Instrument, damit alle mehr Wohlstand haben, so Tenhagen. „Dafür müssen aber beide Seiten gleich stark sein. Das ist nicht der Fall, der Verbraucher ist meist zu schwach. Aber auch die Bauern haben den Bezug zu

an die kommenden Generationen, an Biodiversität und den Klimaschutz“, so Miersch. Und er macht deutlich, dass sich auch die Politik in einem Spannungsfeld bewegt. Der Protest gegen Stuttgart 21 trifft die Politiker empfindlich und beeinflusst deren Entscheidungen. „Darum müssen wir die Menschen für Politik und Landwirtschaft

jAbL Mit Argumenten und Kreativität in die Zukunft

2. Tagung der jungen AbL: Junge Bäuerinnen und Bauern bilden sich ihre Zukunft

Wir wollen auch in Zukunft eine bäuerliche Landwirtschaft!“ unter diesem Motto trafen sich 28 junge Leute der jungen AbL (jAbL) im Vorfeld der jährlichen Tagung und Mitgliederversammlung der AbL in Altenkirchen. Schon bei der Anreise drehten sich in mancher Fahrgemeinschaft die Gespräche um Erwartungen und Erinnerungen: „Eigentlich bräuchten wir einen Kuchen mit Kerze – die jAbL wird nun schon 1 Jahr alt! Und es war ganz schön viel los!“



Konzentriertes Arbeiten mit renomierten Referenten.

Foto: Maaß

Genau vor einem Jahr hatte sich bei der Novembertagung der AbL im Arbeitskreis „Wir machen weiter – junge AbLer übernehmen einen Hof“ die jAbL als Plattform für junge Menschen innerhalb der AbL gegründet.

Aktiv und ruhelos

Nach einem Jahr voller Aktionen, konzentrierter inhaltlicher Arbeit in verschiedenen Themengruppen und viel Freude am gemeinsamen politischen Engagement gestaltet sich die Organisation und Arbeit der jAbL wie folgt:

- rund 70 interessierte Menschen, die über einen e-mail Verteiler miteinander in Kontakt stehen

- ein „Organisationsrad“, in welchem sich zurzeit 14 jAbLer aktiv um die Organisation und Koordination der jAbL drehen
- 6 Arbeitsgruppen zu den Themen GAP Reform, Ernährungssouveränität, Milch, Gentechnik, Bildung, Existenzgründung (und immer taucht was Neues auf)

- viele erfolgreiche Aktionen – mal mit kreativem, öffentlichem Rabatz auf Demos – mal mit selbstbewusstem Dialog mit einem EU Kommissionsmitglied in Brüssel...

- und unendlich vielen weiteren Aufgaben und Ideen!

Die Tagung begann am Donnerstag

Abend mit einem Rundgespräch zum Thema „Welche (politischen) Rahmenbedingungen wünschen sich junge Bäuerinnen und Bauern für den Berufseinstieg?“ Als Referenten nahmen Anna Oberlerchner von der DG Agri der Europäischen Kommission, Franz-Josef Strauß, ELER-Referent in Rheinland-Pfalz, Christian Vieth, Initiator von hofgruender.de, sowie Anneke Jostes, aktiv in der jAbL und derzeit mit vier weiteren jungen Menschen im Hofgründungsprozess, teil. Moderiert wurde das Gespräch

welches weitere Möglichkeiten für Existenzgründer und Hofnachfolger, ihre Betriebe zu entwickeln bzw. aufzubauen, bietet. Ziel der Förderungen ist laut Frau Oberlerchner immer der schrittweise Weg hin zur Marktorientierung der Betriebe, begleitet von der gesonderten Entlohnung für die Bereitstellung öffentlicher Güter. Um Interessierten einen umfassenden Überblick über die Vielzahl an Fördermöglichkeiten geben zu können, regte Christian Vieth die Einrichtung einer beratenden Koordinationsstelle an. Aus dem Kreis der Tagungsteilnehmer wurden Forderungen nach einer stärkeren Unterstützung von Qualität und Vielfalt im Sinne bäuerlicher Strukturen, wie sie vom Weltagrarbericht beschrieben werden, deutlich.

Struktur ohne Bürokratie

Am nächsten Tag kamen zunächst organisatorische Fragen zur Sprache. Die junge AbL möchte ihre offene Struktur ohne Wahlen und feste Ämter behalten, in der jedeR Interessierte sich je nach persönlichen Möglichkeiten einbringen kann. Wichtig ist die Transparenz bei Planungen und Entscheidungen. In Zukunft besteht die Herausforderung darin, bisher entwickelte Vorgehensweisen auszubauen und zu verstetigen sowie neue Leute einzubinden.



Auch Sambatrommeln gehörte zum Tagungsprogramm.

Foto: Herzog

Weiter ging es dann in den Arbeitsgruppen zu den Themen Gentechnik, Landgrabbing, GAP-Reform und Bildung. Abschließend fanden sich die Teilnehmer wieder im Seminarraum ein und stellten ihre Ergebnisse mit Hilfe von Postern, bunten Karten und voller Tatendrang vor: Im Bereich des Widerstands gegen Agrogentechnik ist z. B. ein gezieltes Argumentationstraining vorgesehen, um im nächsten Jahr gut gewappnet

verschiedene Biotechnologie-Vorlesungen von deutschen Agrarfakultäten zu besuchen.

Die Arbeitsgruppe zum Thema Bildung sieht ihr übergeordnetes Ziel darin, politische, ökologische und soziale Zusammenhänge in der Ausbildung von Landwirten stärker zu verankern und auch die Verbraucheraufklärung voranzubringen. Auf dem Weg dahin müssen zunächst Vernetzungsstrukturen und Kontakte aufgebaut werden.

Mit vollem Engagement ist die jAbL bei der Öffentlichkeitskampagne zur GAP Reform dabei – mit Wagen und eigener Sambagruppe auf der Auftakt-demo am 22.01.2011 in Berlin und im Frühsommer durch die Koordination einer Trecker-Sternfahrt mit Aktionen auf der gesamten Strecke Richtung Bundeshauptstadt.

In der Arbeitsgruppe zum Thema Landgrabbing informierten sich die Teilnehmer über die Problematik des Landkaufs in gigantischem Stil durch Staaten und Privatinvestoren. Unterstützt wurden sie dabei durch Roman Herre von FIAN.

Bei aller Ernsthaftigkeit während der gemeinsamen Arbeit ist bei der jAbL immer auch der Spaß ein Teil des Plans – so wurde in diesem Herbst eine eigene Sambagruppe für Aktionen gegründet, die mit Trommeln und Milch-

kannen den Botschaften und Forderungen einen eindrucksvollen Weg direkt ins Ohr bahnt. So schallte es auch in Altenkirchen nach langen Gesprächen und vielen Informationen in den Pausen rhythmisch über das Tagungsgelände.

Ihr hört von uns! Die jAbLer

Christine Weißenberg

Anneke Jostes

Vom Hühnerstall bis nach Brüssel

Die Foren der AbL-Tagung brachten viele Interessante Details



Gentechnikdebatte ins Rollen bringen

Bewegung kommt vom Herzen, muss aber auch organisiert werden. Darum ging es in der Arbeitsgruppe: Gentechnik und Patente – Neue Herausforderungen für die Bewegung. Martin Hofstetter von Greenpeace sagt: „Wenn Landwirte Position beziehen, dann hat das in der öffentlichen Diskussion eine höhere Bedeutung, als wenn Umweltgruppen sich zu Wort melden. Bauern sind eben authentisch.“ Außerdem wies er auf das heimische „Aktionslager“ der Bauern hin in Form von Treckern, Anhänger, Werkzeug und vieles mehr. Wofür das eingesetzt werden könnte, beschreibt Mute Schimpf, Friends of the Earth, das europäische Dach vom BUND. „Die neue EU-Kommission befürwortet Gentechnik und es könnten gleich drei neue Gentechnikpflanzen im kommenden Jahr zugelassen werden.“ Annemarie Volling, Koordination und Beratung Gentechnikfreie Regionen (AbL), skizziert mögliche Ansatzpunkte, die von der Erhöhung der Nachfrage von gentechnikfreiem Futter bis zur Demonstration „Wir haben es satt“ am 22. Januar in Berlin reichen. Nach der Einführung planen die Teilnehmer in kleineren Gruppen Kampagnen. Mit einem Leitfaden zur Kampagnenplanung entwickeln die Gruppen Ideen und Konzepte für mögliche Aktivitäten. Im Mittelpunkt der Bewegung steht immer die Frage, was heißt der Einsatz von Gentechnik für die Bäuerinnen und Bauern. Dabei wurden mal die Konzerne ins Visier genommen, mal die Möglichkeit, gentechnikfreies Saatgut beziehen zu können.

bet

Weitere Informationen: Annemarie Volling, 04131-400720, gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de.



EU-Agrarpolitik

Ganz viel ist in Bewegung gekommen. Der neue EU-Agrarkommissar Ciolos lässt viele an einer bäuerlichen Landwirtschaft interessierte hoffen. Neue Bündnisse haben sich gegründet. Die Zivilgesellschaft

nimmt Anteil an der Ausgestaltung der zukünftigen Agrarpolitik. Dennoch, so wird im Forum immer wieder deutlich, sind die alten Kräfte nach wie vor mächtig. So positiv die ersten Vorschläge des Agrarkommissars sind, es gilt das zaghafte Pflänzchen gegen den DBV und seine Verbündeten zu verteidigen. Gleichzeitig ist es den Anwesenden bewusst, dass noch viele Details festzulegen sind. Johanna Böse-Hartje fordert deshalb auch auf nicht zu ruhen und hart daran zu arbeiten die eigenen Forderungen einzubringen. *mm*



Macht mit Milch

Unter dem Motto „Milchbauernbewegung vor wichtigen Entscheidungen“ diskutieren Bäuerinnen und Bauern das Milchboard, die Faire Milch, den Milchstreik und die Zukunft der Milchbäuerinnen und -bauern in Europa. Der Milchpreis habe momentan ein erträgliches Niveau, das aber nicht die Kosten der Milchproduktion decke, beginnt Stefan Mann, Vorstandsmitglied des Bundesverbands deutscher Milchviehhalter (BDM). Für ihn ist das Milchboard, dem etwa 30 Prozent der deutschen Milcherzeuger angehören, eine wichtige „Waffe“ im Kampf um einen kostendeckenden Preis.

Das sieht Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf anders. „Die Chance, dass 80 Prozent der Milchbäuerinnen und -bauern jetzt noch ins Milchboard eintreten, haben wir verpasst.“ Der AbL Bundesvorsitzende erinnert an den Milchstreik im Jahr 2008 und die Zusagen vom damaligen Landwirtschaftsminister Horst Seehofer. Dieser habe gezeigt, dass man sich auf die Politik und ihre Versprechen nicht verlassen darf. Er prophezeit, dass die Milch nach Auslaufen der Quote knapp werden wird. Alice Endress, Beirat des Milchboard Rheinland-Pfalz, setzt weiterhin auf die europaweite Bündelung von Milcherzeugern. „Zusammen mit einem Anwalt wurde eine Möglichkeit erarbeitet, vier Milchboards in ganz Europa zu gründen, die bis zu 30 Prozent der Milch bündeln können.“ Die EU habe schon in einem Papier der Bündelung zugestimmt, allerdings nur mit 3,5 Prozent der Milch. Bernd Schmitz, stellvertretender Vorsitzender der AbL, appelliert an die Bäuerinnen und Bauern, sich der eigenen wichtigen Funktion bewusst zu sein und aktiv zu werden. „Für die Diskussion um einen

höheren Milchpreis brauchen wir den Rückhalt der Bevölkerung“.

Aktiven und kompetenten Rückhalt bekommen die Bäuerinnen und Bauern von der jungen AbL (jAbL), die sich vor einem Jahr gegründet hat. Johanna Besier sitzt als Vertreterin der engagierten jungen Bäuerinnen und Bauern in der Runde und spricht von der Wichtigkeit der Vernetzung zwischen Jung und Alt. „Die junge AbL ist da und mischt sich ein!“, verspricht sie.

So kontrovers und verschieden die Meinungen und Diskussionen zur Milch sind, in Einem sind sich alle TeilnehmerInnen einig: Die 40 Cent für die Milch werden nicht von alleine kommen. Bäuerinnen und Bauern müssen aktiv sein. *mb*



Bovine Virus Diarrhoe (BVD)

2011 tritt eine neue BVD-Verordnung in Kraft, nach der eine jährliche BVD-Untersuchung verpflichtend wird. Die günstigste Untersuchungsprobe ist die sogenannte Ohrstanzprobe. Vor diesem Hintergrund wurde im Forum diskutiert, wie sich Bauern zukünftig vor einem Missbrauch ihrer Daten schützen können, die durch die Ohrstanzmethode gewonnen werden. Durch eine Genomanalyse der Proben können unter anderem der Zuchtwert, Erbfehler oder Krankheitsanfälligkeit bestimmt werden. Befürchtet wird, dass die Labore die Ohrstanzproben und damit die enthaltenen Genominformationen an Agrokonzern wie Monsanto oder große Zuchtunternehmen verkaufen könnten. Diese könnten in einem weiteren Schritt Patente auf Tiere mit bestimmten Erbinformationen anmelden. Viele Zuchtverbände haben ihre Satzungen in den letzten zweieinhalb Jahren geändert. So stimmen Bauern in Bayern oft allein durch ihre Mitgliedschaft zu, dass Daten, z.B. durch die Ohrstanzprobe erhoben, von der zuständigen Stelle besorgt und für die Genomanalyse kostenlos weiterverwendet werden dürfen. Josef Schmidt, AbL-Landesvorsitzender in Bayern, berichtete von dem Münchner Labor Stabler, welches dem Landwirt vertraglich zusichert, die Ohrstanzproben sofort nach der Verwendung zu vernichten. Auch übernimmt es die Haftung für den Fall eines Datenmissbrauchs. Eigentümer der Proben bleibt der Landwirt. Zu klären ist, ob es rechtlich möglich ist, auch Proben aus anderen

Bundesländern in dem bayrischen Labor untersuchen zu lassen. *ch*

Medizinische Laboratorien Dr. Staber & Partner (Hofer Str. 15, 81737 München Tel. 089 - 63 02 38 - 0 www.staber-kollegen.de



Bäuerliche Geflügelhaltung

Auf dem Forum „bäuerliche Geflügelhaltung“ wird schnell deutlich, dass die Eierproduktion ein rentabler Betriebszweig sein kann. Prinzipiell besteht große Nachfrage, sowohl bei Eiern als auch bei Mastgeflügel. Beides ist gut in bäuerlichen Strukturen umzusetzen. Vom Einfachmal-Investieren rieten aber sowohl die Praktiker als auch Friedel Deerberg, Fachberater für artgerechte Geflügelhaltung ab. Damit der Produktionszweig zu einem wirtschaftlichen Standbein werden kann, ist es wichtig, dass möglichst große Bereiche der Wertschöpfung dem Betrieb zufließen. Die Kooperation mit einer Erzeugergemeinschaft (EZG) ist vor allem für eine sichere Abnahme von möglichen Übermengen sinnvoll. Umso mehr eigene Eier bzw. Fleisch direkt vermarktet werden kann, um so besser. Die Vermarktung will gut koordiniert sein, der Kontakt zum Kunden muss gesucht werden. Betriebsindividuelle Lösungen müssen gesucht, gefunden und immer wieder angepasst werden. Um nicht in die Situation zu geraten, ein Zuviel an Ware über unrentable Absatzwege „entsorgen“ zu müssen, sollte immer von der Vermarktungsseite ausgeplant werden. Nur die Menge, die hochpreisig abgesetzt werden kann, sichert die Zukunft des Betriebs. Die Anforderungen an den Betriebsleiter nehmen zu. Dabei ist die Geflügelhaltung z.B. die Freilandhühnerhaltung für sich schon zeitaufwendig und bedarf einer kontinuierlichen Weiterentwicklung. Keine Herde ist wie die andere. Das Auslaufkonzept, die Art und Positionierung der Deckungen, aber auch der Umgang mit Raubtieren wie Sperber oder Fuchs muss den betrieblichen Situationen angepasst werden. Wer nicht normierte Ware in standardisierte Kanäle liefern will, sondern den Kontakt zum Verbraucher sucht und die Möglichkeiten der eigenen Person und des Betriebs austüfteln will, für den, so das Fazit des Forums, bietet die artgerechte, bäuerliche Hühnerhaltung vielfältige Perspektiven. *mm*

Erste Signale im Saatgutverkehr

Novellierung der EU-Gesetze wirft ihren Schatten voraus

Neu ist die Debatte nicht, zu der Hermann Freudenstein vom Bundessortenamt einen Beitrag auf der Tagung von IG Nachbau und der Aktionsgemeinschaft solidarische Welt in Berlin hinzufügte. Aber nach und nach beginnen sich die In-

formationen rund um die Novellierung der Saatgutgesetzgebung in Brüssel zu konkretisieren. Das zunächst Ende 2011 mit einem Vorschlag der EU-Kommission neu überarbeitete Saatgutverkehrsgesetz wird auch die Anerkennung von zertifiziertem

Saatgut neu regeln. Nicht nur weil der Bund immer weniger Geld für solche Aufgaben ausgeben will, wird es zu einer Privatisierung kommen. Wie genau die Aufgabenverteilung und vor allen Dingen auch die Kostenverteilung aussehen wird, steht allerdings noch in den Sternen. Pflanzenzüchter wie auch die Bauern und Bäuerinnen fürchten Verteuerungen. Laut Freudenstein muss das Endprodukt Saatgut allerdings nicht zwangsläufig teurer werden, in Frankreich oder Dänemark, die bereits keine staatliche Anerkennungsprozedur mehr haben, sei das auch nicht der Fall. Der Staat werde künftig „risikobasiert kontrollieren“, so Freudenstein, alles andere könne die Wirtschaft übernehmen. Die schreie natürlich immer erst mal, wenn nicht mehr staatlich subventioniert werde.

Nischenmärkte

Der zweite Bereich der Saatgutgesetzgebungsnovellierung, um den jetzt im Vorfeld bereits stärker diskutiert wird, ist die Frage, wie zukünftig mit den sogenannten Nischenmärkten also den Erhaltungssorten, pflanzengenetischen Ressourcen oder einer Züchtung vom und für den ökologischen Landbau umgegangen wird. Hermann Freudenstein geht davon aus, dass es hier zu „wesentlichen Erleichterungen“ für die Inverkehrbringer solchen Saatguts kommen wird. In Züchterkreisen gibt man sich da zurückhaltender, der Bundesverband deutscher Pflanzenzüchter (BDP) möchte eher strengere Anforderungen, wohl auch deshalb, weil sich hier neue Märkte entwickeln. Nicht umsonst hatte es ja bereits Jahre gedauert, bis es überhaupt eine erste Regelung für Erhaltungssorten gegeben hat. Großes Interesse, dass andere außer ihnen etwas vom Saatgutkuchen abbekommen, haben eben die klassischen Pflanzenzüchter und ihre Loblisten in Brüssel noch nie gehabt. Derzeit läuft dort der Prozess der Anhörung, aus der die Kommission dann ihren ersten Vorschlag entwickelt. Erst wenn dieser veröffentlicht ist und EU-Parlament und Rat mitreden, wird auch das große Lobbyieren losgehen, so lehrt es die Vergangenheit. Spannend wird, wer dann wie einflussreich bei der Ausgestaltung der Gesetze sein wird. cs



Hermann Freudenstein vom Bundessortenamt informiert auf der Tagung der IG-Nachbau über die zu erwartenden Neuregelungen der EU-Saatgutgesetzgebung. Foto: Schulin



Ungebetener Besuch

Obwohl er den Besuch ausdrücklich nicht wollte, stand der freundliche Mitarbeiter der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH zum angekündigten Zeitpunkt doch auf dem Hof des Bauern, um ihm ganz persönlich beim Ausfüllen der Nachbauunterlagen zu helfen. Nun hat der Bauer die Angelegenheit an einen Anwalt der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze weitergereicht. Schließlich hatte er auf seine freundliche Absage des Besuches zunächst einen persönlichen Anruf des Mitarbeiters und schließlich sogar einen ziemlich bedrohlich formulierten Brief bekommen (siehe *Bauernstimme 10/2010*). Den Mitarbeiter dann trotzdem vorbeizuschicken zeugt schon von einer gewissen Penetranz, die sich niemand gefallen lassen muss. cs

Schadensersatz nach Europa

BGH reicht offenes Verfahren zum Nachbau an den EuGH weiter

Nun gibt es auch in dem dritten Verfahren, welches in den letzten Monaten vor dem höchsten deutschen Gericht, dem Bundesgerichtshof (BGH) verhandelt wurde, eine Entscheidung. Die Karlsruher Richter beschlossen, das Verfahren zwischen der Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) und einer bäuerlichen GbR auszusetzen und die entscheidenden Streitpunkte an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) weiterzureichen. Es geht im wesentlichen um die Frage, ob die STV berechtigt ist, in bestimmten Fällen nicht nur Nachbaugebühren, sondern die kom-

pletten Z-Lizenzgebühren bzw. auch noch Schadensersatzforderungen den Bäuerinnen und Bauern gegenüber geltend zu machen. Wenn aus Unachtsamkeit falsche oder unvollständige Angaben zum Nachbau bei der STV eingehen, nimmt sie für sich in Anspruch, nicht nur die üblichen Gebühren zu erheben, sondern Schadensersatz für – von ihr sogenannten – „verhehlten Nachbau“ einzuklagen. Bisher sahen die Gerichte der unteren Instanzen dieses Ansinnen eher kritisch. Nun wird es wieder einmal spannend, wie sich der EuGH verhält. cs

Arche für gentechnikfreie Region Bodensee

Bei strahlend schönem Herbstwetter stach die Bodensee-Arche der Initiative gentechnikfreie Bodenseeregion Ende Oktober in See. Zuvor war sie von rund 30 Bio- und konventionellen Bauern und Unternehmen mit Tieren, Saatgut und landwirtschaftlichen Erzeugnissen beladen worden. Die Initiatoren der Arche-Aktion, die Bauern Martin Hahn und Thomas Schmid, wollten ein Zeichen setzen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft. Die erste Station der Arche war in Überlingen am Landungsplatz, wo bereits Dutzende interessierte Menschen warteten. Oberbürgermeisterin Sabine Becker hielt eine Ansprache. Überlingen hat sich 2004 als bislang einzige Stadt in der Region zur gentechnikfreien Zone erklärt. Dem Ruf der Initiative, Schützenswertes an Bord zu bringen, folgten viele Bewohner und machten einen Rundgang auf der Arche. Auf der Insel Mainau wurde die Arche von Gräfin Bettina Bernadotte und ihrem Mann begrüßt. Es wurden essbare Geschenke überreicht – im Gegenzug erhielt die Arche einen besonderen Rosenstock. Eine weitere Station war Konstanz. *ch*

Gentechnikfreies Maissaatgut bestellen

Gleich, ob beim Saatgutkauf die Entscheidung auf konventionelles oder ökologisches Saatgut fällt, gibt es die Möglichkeit, auf Gentechnikfreiheit zu setzen. 2009 hat die AbL 87 konventionelle Saatgutunternehmen befragt. Die folgenden Anbieter garantieren über eine allgemeine Gentechnik-Erklärung hinaus mit einer Bestätigung die Gentechnikfreiheit ihres Saatguts:

agaSAAT Maishandelsgesellschaft,
47506 Neukirchen-Vluyn,
T.02845/93697-24, Fax: -9,
www.agasaat.de

FarmSaat,
48351 Alverskirchen,
T.02582/66858-0, Fax: -15,
www.farmsaat.de

Caussade Saaten GmbH,
20537 Hamburg,
T. 040/8787886-0, Fax: -29,
www.caussade-saaten.de

Maisadour Deutschland GmbH,
74855 Hassmersheim,
T. 06266/92990-0, Fax: -9,
www.maisadour.de

I.G. Pflanzenzucht GmbH,
80050 München
T. 089 / 53 29 50-0, Fax: 0 89 / 5 32 87 18,
www.ig-pflanzenzucht.de

Imker vor dem Europäischen Gerichtshof

Am 7. Dezember 2010 geht es vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) um die Klage mehrerer Imker, die trotz Vorsichtsmaßnahmen Pollen des Genmais MON810 in ihrem Honig gefunden hatten. In dem Verfahren ist zu klären, was gentechnisch veränderte Organismen sind und ob diese in Lebensmitteln, auch ohne Lebensmittel-Zulassung, toleriert werden müssen. Damit steht eine Entscheidung über den Kern der Wahlfreiheit, Risikoversorge und der „Nulltoleranz“ vor der Tür. Die Imker fordern in dem Verfahren den Schutz vor der Verunreinigung ihres Honigs durch den Freistaat Bayern. Der durch die Pollen verunreinigte Honig ist nicht mehr verkehrsfähig. Monsanto hält eine Nulltoleranz für nicht erforderlich, da der Blütenpollen im Honig nicht mehr vermehrungsfähig und ein horizontaler Gentransfer ausgeschlossen sei. Weiter muss in Luxemburg geklärt werden, ob es sich um eine wesentliche oder unwesentliche Beeinträchtigung für den Imker handelt. Dass das Gericht auch eine mündliche Anhörung vor der Großen Kammer plant, zeigt den Stellenwert des Verfahrens. Das Urteil könnte Teile oder Grundlagen des am 24. November vom Bundesverfassungsgericht erwarteten Urteils zum Deutschen Gentechnikgesetz hinfällig machen. MON810 ist derzeit wegen Umweltrisiken in Deutschland nicht zum Anbau zugelassen und hat auch EUweit keine Zulassung als Lebensmittel. Auch die derzeit laufende Neuzulassung wird solche Verunreinigungen nicht umfassen. *ch*

Kurzes am Rande

Gentechnikgesetz gewinnt

Bundesverfassungsgericht weist den Normenkontrollantrag ab

Das Gentechnikgesetz steht im Einklang mit dem Grundgesetz. Dies hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom vergangenen Mittwoch bestätigt. Das Land Sachsen-Anhalt hatte ein Normenkontrollverfahren angestrengt und jetzt in allen Punkten verloren. „Das ist ein sehr erfreulicher Tag für Bauern und Verbraucher. Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts hat mit seinem heutigen Urteil klare Maßstäbe für den Schutz einer gentechnikfreien Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung gesetzt“, so Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V. in einer ersten Reaktion auf das Urteil zum Gentechnikgesetz. In ihrer Begründung wägen die Richter die im Grundgesetz verankerten Rechte des Einzelnen gegenüber solchen der Allgemeinheit ab. Die Richter kommen zu dem Schluss, dass Veränderungen am Erbgut „in die elementaren Strukturen des Lebens“ eingreifen. Diese seien, wenn überhaupt, nur schwer wieder rückgängig zu machen. Aus diesem Grund ist neben den Interessen der Nutzer der im Grundgesetz enthaltene Auftrag, in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürliche Lebensgrundlage zu schützen, umzusetzen. Das Gericht musste im Besonderen über die Neufassung der Begriffsbestimmungen „gentechnisch veränderter Organismus“ und „Inverkehrbringen“, das Standortregister, den Umgang mit in Verkehr gebrachten Produkten und Ansprü-

chen bei Nutzungseinschränkungen befinden.

In allen Punkten kommen die Richter zu dem Schluss, dass die Regelungen des Gentechnikgesetzes geeignet und erforderlich sind, um Verantwortung gegenüber der Lebensgrundlage zukünftiger Generationen, Interessensausgleich zwischen Grundstücksnachbarn, gleichberechtigtes Nebeneinander unterschiedlicher Wirtschaftsweisen zu erreichen. Sie wahren auch das Gebot der Verhältnismäßigkeit im engeren Sinn, bestätigen die Richter in einer ersten Stellungnahme.

Das Standortregister erfülle darüber hinaus die Aufgabe, Transparenz über den Anbau gentechnisch veränderter Organismen zu schaffen, und trage dadurch zum öffentlichen Meinungsbildungsprozess bei.

Der Prozess hatte im Vorfeld zu einer öffentlichen Positionierung der beteiligten Verbände geführt. Der Deutsche Bauernbund, der Sachverständigenrat für Umweltfragen, der Bund für Umwelt und Naturschutz, der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft, das Öko-Institut der Verbraucherzentrale Bundesverband und das katholische Landvolk stellten sich hinter das Gentechnikgesetz. Den Prozess unterstützt hatten und waren damit gegen die vorsorgenden Regelungen der Deutsche Bauernverband, der Deutsche Raiffeisenverband, der Bundesverband der Pflanzenzüchter, die Gesellschaft für Pflanzenzüchtung, der Bundesverband deutscher Saatguterzeuger, die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Industrievereinigung Biotechnologie im Verband der Chemischen Industrie. *mn*

Ohne
Gentechnik



Mildes Urteil gesprochen

Geringe Geldstrafen für Gaterslebener Gentechnikgegner

Sechs Aktivisten, die 2008 bei Gatersleben einen Feldversuch mit gentechnisch verändertem Weizen zerstört hatten, um die Gefahr der Auskreuzung in die nahe gelegene Genbank des Instituts für Kulturpflanzenforschung abzuwenden, sind am 24. November vom Amtsgericht Aschersleben zu Strafgeldern von bis zu 30 Tagessätzen verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft hatte vier Monate Haft auf Bewährung für die sechs Gentechnikgegner gefordert: Die Zerstörung eines mit staatlichen Geldern geförderten Projekts, so argumentierte sie, müsse sich strafverschärfend auswirken. Der auf einer fragwürdigen Genehmigung des Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) beruhende Feldversuch war unter anderem mit Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt gefördert worden (siehe *Bauernstimme* 10/2010). Wis-

senschaftliche Bedenken und über hundert Einwände von Züchtern, Saatgutinitiativen, Erhaltungsorganisationen, Bäuerinnen und Bauern habe das BVL vom Tisch gefegt, so AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen. Nach dem Urteil sagte die verurteilte Mirjam Anschütz: „Wir haben unser zentrales Ziel erreicht.“ Durch ihre Aktion sei der Genweizen-Versuch beendet und damit eine unmittelbare Gefahr für die Saatgutbank abgewendet worden. Bei einer entsprechenden Bewertung des Gerichts wäre auch ein Freispruch möglich gewesen. Die dennoch relativ geringen Strafen könnten der Versuch des Gerichts sein, ein vermittelndes Urteil zu sprechen, um weitere Instanzen auszuschließen. Nach dem Urteil im Strafprozess läuft in derselben Sache das Zivilverfahren gegen die sechs jungen Leute weiter. *ch*

Im Mittelpunkt stehen die Bauern und Menschen

Anpassung in der Landwirtschaft im Klimawandel

Pepito B. Babasa ist Kleinbauer auf den Philippinen. Bereits 20 Reissorten tragen seine Initialen „PBB“, diese hat er selber gezüchtet. „Darauf ist er sehr stolz“, berichtet Elizabeth Cruzada. Sie ist Koordinatorin beim Bauernnetzwerk MASIPAG und zu Besuch in Deutschland, um über eben dieses Netzwerk und seine Menschen zu berichten

Die Nichtregierungsorganisation Agrar Koordination hat Elizabeth Cruzada gemeinsam mit Abu Muzaffar Mahmud aus Bangladesch zu einer Vortragsrunde in Deutschland eingeladen, um über alternative Strategien zur Anpassung an den Klimawandel zu sprechen. Erfahrung mit dem (Über-)Leben im Klimawandel bringen beide Referenten aus ihren eigenen Ländern mit. Erst in den letzten Tagen fegte einer der schwersten Wirbelstürme der letzten Jahre mit Windgeschwindigkeiten von 250 Stundenkilometern über den Norden der Philippinen hinweg. Weite Teile Bangladeschs liegen nur knapp über dem Meeresspiegel und das Land ist bereits heute vom Klimawandel stark getroffen: Dürren im Norden, Fluten im Süden und Versalzung durch immer weiter ins Landesinnere vordringendes Salzwasser bedrohen Menschen und ihre Lebensgrundlage.

Landwirtschaft ist regional

Alternativen in der Landwirtschaft sind gefragt, um mit diesen Herausforderungen umgehen zu können. Das Bauernnetzwerk Masipag ist eine solche Alternative. Masipag hat es in den vergangenen Jahren geschafft, über tausend neue Reissorten zu züchten, die optimal an die jeweiligen Standorte angepasst sind. Sie sind Weiterzüchtungen der alten traditionellen Reissorten. Elizabeth Cruzada zeigt uns eine Karte der Philippinen mit ihren 7.000 Inseln und darauf verteilt eine Vielzahl von angepassten, das heißt dürreresistenten, salzwassertoleranten und fluttoleranten Reissorten. Viele von ihnen tragen die Initialen ihrer Züchter, der Bauern und Bäuerinnen von Masipag.

Masipag Bauern ist gelungen, was trotz Millionen hoher Forschungsgelder am Internationalen Reisforschungsinstitut (IRRI) nicht passiert. Sie haben in-situ, sprich auf ihren Feldern, eine Reissvielfalt gezüchtet, die zu ihrer Ernährungssicherung beiträgt und sich zusätzlich im Zuge der Klimaveränderungen bewährt. Denn diese Herausforderung stand am Anfang von Masipag nicht an erster Stelle. Das Bauernnetzwerk ent-

stand bereits im Jahr 1986. Als Antwort auf die Probleme der „Grünen Revolution“, mit ihren einheitlichen Hohertragsorten und einem hohen Einsatz von Pestiziden, wurde eine erste Sammlung von 47 Reissorten angelegt.

Freier Zugang zum Saatgut

Im Mittelpunkt der Aktivitäten steht nach wie vor der freie, kostenlose Zugang zum Saatgut. Es sind Bauern wie Pepito B. Babasa, die keinen Hybrid-Reis anbauen wollen, der zudem eine schlechte Qualität hat und an Geschmack arm ist, und die schlichtweg das anbauen wollen, was sie brauchen: Sorten, welche an ihre Böden sowie klimatische und saisonale Bedingungen angepasst sind und die Geschmack und Vorlieben ihrer Familien entsprechen. Reis gehört zu jeder philippinischen Mahlzeit. „Die Leute sind ganz verrückt nach Reis und Reis ist auch ein politisches Instrument“, erklärt E. Cruzada. Den Reis, von dem E. Cruzada schwärmt, finden wir in Deutschland nicht. Dieser Reis trägt die Vielfalt

Märkte stiegen die Importe von Reis, angebaut werden stattdessen Exportfrüchte wie Ananas und Bananen. Heute sind die Philippinen weltweit der größte Importeur von Reis.

Mehr Vielfalt – mehr Sicherheit

Masipag Bauern bewirtschaften ihre Felder überwiegend ökologisch. Sie konnten ihre Vielfalt an Sorten, aber auch an Produktionssystemen deutlich erhöhen und sind heute wesentlich besser aufgestellt als konventionelle Bauern in den Philippinen. Eine Untersuchung, die unterstützt von MISEREOR im Jahr 2007/08 durchgeführt wurde, zeigt, dass die Hektarerträge von Masipag Bauern vergleichbar mit denen von konventionellen Bauern sind. Vergleicht man allerdings die Netto-Erträge, so schneiden die Masipag Bauern deutlich besser ab. Sie haben weniger Ausgaben für Pestizide und Saatgut und verkaufen zudem wöchentlich Gemüse auf den lokalen Märkten.

„Aber auch die Masipag Bauern bleiben verwundbar“, so Elizabeth Cruzada. Sie

Mahmud zeigt uns eine Liste mit Gemüsesorten, die noch heute angebaut werden. „Früher war die Liste viel länger, aber zahlreiche Pflanzen vertragen die zunehmende Versalzung der Böden nicht.“ Auch beim Reis braucht man zunehmend Sorten, die an die veränderten Bedingungen angepasst sind. Grundlage für die Züchtung dieser neuen, toleranten Sorten, bilden, wie auch auf den Philippinen, traditionelle Reissorten. „Die Bauern verfügen über traditionelles Wissen. Anpassung ist keine neue Strategie, sondern etwas, was Bauern schon immer gemacht haben“, beschreibt Abu Mahmud. „Allerdings gibt es Unwissenheit darüber, welche Methode sich bei den heutigen veränderten Klimabedingungen eignet.“ Hier hilft seine Organisation Prodipan, zusammen mit Forschern, die vorhandenen Anbaumethoden mit den neuen Bedingungen zusammenzubringen und die Bauern darüber zu informieren. Bei all diesen Strategien wird jedoch auch deutlich, dass sie natürliche Grenzen haben. Je weiter wir von dem 2°C-Ziel



Berichten aus ihren Ländern: Elizabeth Cruzada von den Philippinen und Abu Muzaffar Mahmud aus Bangladesch. Begleitet von Nicol Piepenbrinck von Misereor
Foto: Hönicke

von Generationen in seinen kleinen Körnern. Es gibt Reis, der macht richtig satt, und das wiederum lieben die Feldarbeiter, denn man hat nicht soviel Zeit, um ständig seinen Magen zu füllen. Diese traditionellen Reissorten sind sehr beliebt, aber in Gefahr, durch den Import von Hybrid-Saatgut weiter verdrängt zu werden. Zudem konkurrieren die Bauern mit den Reis-Importen aus anderen Ländern. „Billiger Reis aus Vietnam überschwemmt die lokalen Märkte“, entrüstet sich Elizabeth Cruzada. Im Zuge der Liberalisierung der

seien zwar selbstsicherer und weniger ängstlich, was den Klimawandel betrifft, aber dennoch leben sie am Rande der Armut. Hier sind große Veränderungen notwendig. E. Cruzada spricht von einem Paradigmenwechsel, entsprechend den Ratschlägen des Weltagrarberichts und fordert: „Wir müssen die Bauern und Menschen wieder in den Mittelpunkt der Landwirtschaft stellen“.

Anpassung ist keine neue Strategie

Auch in Bangladesch sind Alternativen in der Landwirtschaft gefragt. Abu

abweichen, desto schwieriger wird jede Anpassung der Menschen an die veränderten Bedingungen sein. Wenn es ganz schlimm kommt, dann können sie sogar nutzlos sein. Der Appell von Abu Mahmud richtet sich dann auch direkt an uns in den Ländern des Nordens. „Wir in Bangladesch können uns nur an das veränderte Klima anpassen. Ihr in Deutschland und Europa habt die Verpflichtung, eure Emissionen zu senken.“

Mireille Hönicke
Entwicklungspolitische Referentin,
Agrar Koordination

Zunahme psychischer Erkrankungen?

Erhöhter Beratungsbedarf bei der Ländlichen Familienberatung

Im letzten Jahr gab es sowohl bei der LLFB, wie auch beim Montagstelefon Steigerungen in der Beratungsnachfrage um ca. 50 Prozent. Bisher hatten die BeraterInnen es vor allem mit Generationsproblemen, Ehe- und Partnerschaftsproblemen, ungeklärten Fragen zur Hofübergabe und finanziellen Unsicherheiten zu tun. In letzter Zeit kamen verstärkt persönliche Krisen und psychische Probleme hinzu: Suchterkrankungen, Resignation und Depressionen.

In vielen Berufsgruppen und privaten Lebensentwürfen ist ein erhöhter Beratungsbedarf bei psychosozialen Belastungen zu verzeichnen. Die Jahresberichte der Telefonseelsorge, der Ehe- und Familienberatungsstellen; ebenso wie bei den Erziehungsberatungsstellen und den studentischen Beratungsstellen, deren Zahlen sind alarmierend.

Stress und Tabletten

Psychopharmaka bei Kindern, Jugendlichen und Studierenden sind vor allem in Stresszeiten „normal“! Stress, Überforderung, hohe private und berufliche Belastungen kennzeichnen unsere Lebenswelten; hinzu kommt das Bangen um Arbeitsplätze und sicheres Einkommen. Hohe Flexibilität ist gefordert; – kaum einer kann sein Arbeitsleben in nur einem Beruf an einem Ort verbringen. Von diesem vielschichtigen Wandel sind Landwirtschaftsfamilien als selbstständige Unternehmer in besonderer Weise betroffen: „Wachse oder weiche“ lautet die Devise! Druck und Konkurrenz bestimmen das traditionell geprägte Dorfleben (du oder ich?!). Neue Märkte müssen erschlossen werden, – häufig sind hohe und risikoreiche Investitionen zu tätigen. Das Image der Landwirte hat gelitten: Umweltverpester, Subventionsschlucker!

All das wirkt sich auf das Familienklima aus und verschärft die Generationskonflikte in den ländlichen (Groß-) Familien. Diese Verdichtung der Problemlagen und Herausforderungen gehen den Landwirten an die wirtschaftliche und psycho-soziale Existenz:

Ich möchte es verdeutlichen mit dem Bild der 5 Säulen der Identität:

1. Leib; 2. soziale Beziehungen; 3. Arbeit/ Leistung; 4. materielle Sicherheit; 5. Werte/ Normen/ Sinn.

An allen Säulen wird gerüttelt; – die bisher erlebte Balance in der bäuerlichen Lebens- und Arbeitswelt ist erschüttert! D.h. das traditionelle, wertgeschätzte Bild der

wältigungsstrategien reichen nicht mehr – die Selbstheilungskräfte sind verbraucht! Unruhe, Schlaflosigkeit und Depressionen als Anzeichen einer existenziellen Krise machen sich breit. Die Menschen auf den Höfen machen die (vielleicht panische) Erfahrung: „Wir brauchen Hilfe!“ – SO-

FORT!!!

Wie kann die Ländliche Familienberatung (LFB) helfen? Wir begleiten die Familien! Wir hören einführend zu und gewähren einen vermittelnden Rahmen für konstruktive Gespräche. In einer Atmosphäre der Wertschätzung und Annahme können die Familienmitglieder ihre Situation zunehmend annehmen „So ist es!“ und nach neuen Lösungen suchen.

So entwickelt sich neu (oder erholt sich) ihre Resilienz: d. h. die Widerstandskraft, die



Es gibt viel Gründe für Stress und Überforderung. Ängste, Lustlosigkeit, Aggressivität, Ohnmachtsgefühle können die Folge sein. Oft fällt es schwer, rechtzeitig Hilfe zu suchen. Foto: Altmann/pixelio

Menschen hilft, „ihre Säulen der Identität“ zu stabilisieren und so Schicksalsschlägen und Herausforderungen gestärkt zu begegnen.

Das A+O in der Beratung ist die Erfahrung der wertschätzenden und annehmenden Beziehung durch das Beraterpaar, das begleitet.

Allen Lesern dieses Artikels, die familiäre oder persönliche Sorgen und Probleme haben, wünsche ich den Mut, sich frühzeitig beraten zu lassen: jederzeit bei der Ländlichen Familienberatung.

Ludger Rolfes
Pastoralreferent und Geschäftsführer der
ländlichen Familienberatung

Ländliche Familienberatung
05407-506261
oder anonym beim Montagstelefon, 05401-866820,
montagsmorgens (8.30 - 12.00 Uhr) oder abends (19.30 - 22.00 Uhr).

Landwirtschaftsfamilie ist existenziell hinterfragt, in Kritik und in großer wirtschaftlicher Bedrängnis:

Die Menschen sind aus ihrem bisherigen Gleichgewicht! Die Familie gerät in gefährliche Auf und Ab-Bewegungen wie bei einem Mobile. Sie sind massiv verunsichert, haben trotz hoher Arbeitsleistung und das Übergehen ihrer körperlichen Grenzen kein gesichertes Einkommen und oftmals wenig klare Zukunftsperspektiven. Grundfragen kommen auf:

„Wozu mache ich das überhaupt?: bringt nichts ein und ob unser/e Sohn/Tochter mal weitermachen wird...“?

„Ich kann nicht mehr! Der Rücken, die Gesundheit machen nicht mehr mit...“

Diese Gesamtsituation ist ungeheuer belastend, krankmachend und kränkend!! Und wird oft als persönliches Versagen erlebt. Die Folgen sind: Depressive Verstimmungen, Ängste, Lustlosigkeit, Aggressivität, Ohnmachtsgefühle (ich bin ausgeliefert!) und SUCHTgefahr!

„Ich brauche Hilfe“

Derartige Belastungen vergiften das Familienklima und verschärfen die „normalen“ Problemlagen einer Groß- und Mehrgenerationenfamilie. Die bisherigen Konfliktbe-

Lungenschäden

Bei einem Lungenfunktionsstest anlässlich einer Landwirtschaftsaustellung haben niederländische Ärzte bei 13 % der Schweinehalter Auffälligkeiten festgestellt. Als Ursachen werden Staub und Ammoniak vermutet. pm

Anwohnerbelastung

In den Niederlanden läuft derzeit eine Befragung der Hausärzte in agrarischen Intensivregionen. Wie *Agriholland* berichtet, sollen bis Ende 2010 die Auswirkungen von Feinstäuben und Bakterien aus Schweine- und Geflügelställen auf die Anwohner erfasst werden. pm

Temperaturen rauf – Ertrag runter

LVM-Tagung zu Folgen des Klimawandels für die deutsche Landwirtschaft

Um Klimarisiken für die deutsche Landwirtschaft und Schutzmaßnahmen dagegen drehte sich am 2. November eine Tagung, zu der der Landwirtschaftliche Versicherungsverein Münster (LVM) Wissenschaft und Politik eingeladen hatte. Nachdem Meteorologe Sven Plöger und Hermann Lotze-Campen vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung den aktuellen Stand der Klimaforschung vorgebracht hatten, berichtete Hansgeorg Schönberger, Geschäftsführer des Beratungsunternehmens N.U. Agrar, über praktische Möglichkeiten, den Folgen des Klimawandels zu begegnen. Er hob die Bedeutung der Bodengesundheit hervor, da durch Bodenverdichtung große Mengen Lachgas und Methan freigesetzt würden. Der Bundestagsabgeordnete Franz-Josef Holzenkamp (CDU) sagte in seinem Vortrag: „Klimaschutz ist eine globale Angelegenheit. Einzelstaatliche Maßnahmen bringen uns recht wenig.“ Stattdessen nannte er als Lösungsansatz Effizienzsteigerung durch rationalisierte Betriebe.

terschied zum konventionellen schneller an Veränderungen anpasse. Agrarministerin Ilse Aigner blieb bei einem „Weiter so“ für die europäische Landwirtschaft. Im Gegensatz zu Ostendorff unterstützte sie eine „starke erste Säule“ ohne Bindung an Klimaschutzmaßnahmen, da diese Zahlungen, so Aigner, eine Grundabsicherung darstellten. Als Klimaschutzmaßnahmen der Bundesregierung im Agrarsektor nannte sie ein Förderprogramm zur Steigerung der Energieeffizienz in Land- und Gartenwirtschaft und die Absicht, den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2050 auf 80 Prozent zu heben. Für diese Steigerung übertrug sie der Landwirtschaft die Hauptverantwortung. In der Podiumsdiskussion ging es um die Frage, wo bei der Risikoabsicherung anzusetzen sei. Der Geschäftsführer des LVM, Ulrich Grein-Kuczewski, betonte, dass die Landwirtschaft eine Mehrgefahrenversicherung innerhalb der Ernteversicherung nicht allein leisten könne. Darüber würde in Brüssel und Berlin bereits diskutiert. Angesichts der Dis-



Ein Muss: Ertragsausfall absichern

Foto: VerenaN/pixelio

Friedrich Ostendorff (Die Grünen) dagegen plädierte für eine extensive Landwirtschaft. Dazu müssten die Zahlungen der ersten Säule an Klimaschutzmaßnahmen geknüpft werden. Er kritisierte, Emissionen aus Futtermittelimporten würden in der Diskussion oft ausgeklammert. Der Grüne sprach sich für die Senkung von Futtermittelimporten, eine solargestützte Landwirtschaft und verstärkte Grünlandnutzung aus. Ziel der Landwirtschaft sei laut Ostendorff auch ein verbesserter Humusanteil, etwa durch Festmistwirtschaft oder den Anbau von Leguminosen. Er erinnerte an den Weltagrarbericht: Dieser hatte gezeigt, dass eine flächengangepasste Tierhaltung besonders klimafreundlich sei und sich der ökologische Landbau im Un-

kussion über die Fortschrittlichkeit von Festmist wick die Ministerin mit der Bitte um Wissenschaftlichkeit aus. Lotze-Campen sprach sich gegen die Festlegung auf bestimmte landwirtschaftliche Verfahren aus. Er schlug vor, Verbraucher durch eine Emissionssteuer auf landwirtschaftliche Produkte zu beteiligen.

Deutlich wurde durch die Beiträge, dass die Landwirtschaft Opfer des Klimawandels, aber auch Mitverursacher und damit potentieller Klimaschützer ist. Laut einer Bioland-Studie vom Januar diesen Jahres trug sie einen Anteil von mindestens 13 Prozent an den Gesamtemissionen Deutschlands – einschließlich der Düngemittelproduktion, jedoch ohne Futtermittelimporte. *ch*

Bewegung im Bistro

Alle Welt, Intellektuelle, Philosophen, Analytiker diskutieren gerade das neue Phänomen: Die Bewegung. Menschen, die sich zusammenfinden und für oder gegen ein Anliegen streiten, demonstrieren, protestieren, schottern. Das Volk, das aufbegehrt gegen die Politik von oben, gegen Übergestülptes und Lebensfernes, wird in



....aus Niedersachsen

vielen geschliffenen Worten beschrieben. Da ist der Bahnhof in Stuttgart, die Atomkraftwerke und ihr Müll. Immer wird auch gerne formuliert, dass die Bewegung eine Bürgerbewegung ist, dass Menschen, die noch nie protestiert haben, plötzlich auf die Straße gehen. In Gorleben müssen die Bauern

und Bäuerinnen nicht mehr ausdrücklich betonen, dass sie die vermeintlichen Chaoten sind. Sie und alle anderen altvorderen Bewegten können sich derzeit nur verblüfft die Augen reiben und freuen. Hat Bürgerengagement also tatsächlich Konjunktur? Vielleicht ist es ja wahr, und Aufmucken ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen, mindestens ist es als Thema schon in Steffis Schlemmerbistro angekommen. Dort, irgendwo zwischen Esgruschauby und Platenlaase auf dem platten Land treffen sich jeden Morgen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk des Nordens (NDR 2, der Sender, mit dem die Generation Golf alt wird) schräge, ganz normale Typen bei der schnellzünftig, alltagsweisen, kaffeekochenden Steffi in ihrem Stehbistro (in den 80ern hätten sie sich laut Heinz Rudolf Kunze mit Lola „in ‚nem Imbiss in Dortmund-Nord, es roch stark nach Schaschlik und ‚n bisschen nach Abort“ getroffen) Heutzutage macht man im Stehbistro auf Latte Macchiato, auch wenn es bei Steffi wahrscheinlich noch Filterkaffee gibt. Verhandelt wird dort mal eben die Weltlage und dieser Tage tatsächlich auch der mehr oder weniger beachtete Bürgerwillen. Auch hier findet Analyse statt: „Die Leute wollen das nicht mit dem Bahnhof in Stuttgart und den Euro hat auch keiner gewollt und beim Abschaffen der schönen Glühbirnen und des Buß- und Bettags hat auch keiner gefragt und die Leute wollen wieder Sportstudio pünktlich um zehn, das der Zeiger so umspringt und dann fängt das an. Stattdessen zwingen sie einem ungefragt Breitbildfernsehen auf und die Leute haben alle so verzerrte Eierköpfe“, ereifert sich Georg Ahlers, der Vordenker im Bistro. „Verbleiten Sprit gibt’s auch nicht mehr, dabei roch der viel besser, ein Aroma...“, ergänzt der leicht senile Opa Gehrke. Und jetzt kommt Steffi mit ihrer Schlussfolgerung: Aber wenn sie es zu weit treiben, dann zeigen die Bürger die rote Karte, siehe Lindakartoffeln. Die sollten auch weg und dann gab’s Protestlisten und sonst was an den Marktständen ... geht doch! Jetzt gibt das ja wieder Linda, festkochend und schön gelb dabei, darfst Du nur nicht zu lange lagern, dann wird sie mehlig...“ „Ja, schöner Erfolg, der Mut macht“, resümiert Herr Ahlers und rührt wahrscheinlich andächtig in seiner Kaffeetasse. Linda im Radio und Bewegung im Bistro – schade, dass dort nicht die Zeitung der Bewegung, die Linda mit am Leben erhalten hat, ausliegt. Denn was die ganzen Bewegungsanalytiker nicht außer acht lassen sollten, wenn sie den neuen Trend zur Politik von unten sezieren: Oft spielen Bäuerinnen und Bauern eine zentrale Rolle in den Bewegungen. Sie sind es, die besonders gut bodenständiges Stehvermögen mit rebellischer Obrigkeitsablehnung kombinieren können.

Eine Bäuerin (40 Jahre) erzählt ...

Was fürn schöner Scheiß

Auf seiner neuesten, der mittlerweile dritten CD, liest der Autor, Biobauer und fünffache Vater Matthias Stührwoldt von norddeutschen Großmüttern und -vätern, von ersten Reitstunden und traumatischen Erlebnissen mit der Landtechnik. Der Live-Mitschnitt einer Lesung im „Lutterbeker“, einer kultigen Musikkneipe bei Kiel, die Stührwoldt seit seiner Jugend immer wieder gern besucht, beinhaltet eine thematisch bunte Mischung aus hoch- und plattdeutschen Geschichten: Mit viel Selbstironie erzählt er nicht nur von ungewöhnlichen Formen dörflichen Zusammenhalts und Grußgewohnheiten



vom Lande, sondern berichtet auch von seinen Lernfortschritten beim Umgang mit der Telekommunikationstechnologie. Dreizehn unterhaltsame Geschichten und Gedichte für Landliebhaber und solche, die es werden wollen. *ch*

Matthias Stührwoldt: *Was fürn schöner Scheiß, CD mit 13 Kurzgeschichten und Gedichten als Live-Mitschnitt, 2010, AbL-Bauernblatt-Verlag, 10 Euro*

Klassenkampf gegen die Bauern

Tagungsband der Berliner Fachtagung erschienen

50 Jahre nach dem Abschluss der Zwangskollektivierung der DDR-Landwirtschaft im Frühjahr 1960 haben die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Konferenz der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur am 19. April 2010 eine gemeinsame Fachtagung durchgeführt. Dabei wurden sowohl die Vorgeschichte, die historischen Abläufe als auch die Folgen der Kollektivierung in den Blick genommen. Auch der Debatte über die Zukunft der Landwirtschaft in Ostdeutschland haben wir Raum gegeben. Gerade in dieser Zusammenschau wird die Dimension des Themas erst erkennbar. Die Umgestaltung der DDR-Landwirtschaft nach sowjetischem Modell folgte ideologischen Vorgaben: Es ging um die Eliminierung der Bauern als Klasse, um eine flächendeckende Proletarisierung des Bauernstandes. Auch nach 20 Jahren Deutscher Einheit und EU-Subventionen sind die kommunistisch geprägten Agrarstrukturen eine Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit der ländlichen Räume Ostdeutschlands. Derzeit gibt es wohl kaum ein deutsches

Thema, bei dem das Missverhältnis zwischen der Dimension der Problemlage und der öffentlichen Aufmerksamkeit so groß ist, wie auf dem Feld der historischen und aktuellen Landwirtschaftssituation in Ostdeutschland. Dabei ist das Schicksal der bäuerlichen Landwirtschaft gleichermaßen ein Vergangenheits- und ein Zukunftsthema. Hermann Priebe schrieb in seinem Buch „Die subventionierte Unvernunft“ schon 1985: „Die bäuerliche Familienwirtschaft war die soziale und wirtschaftliche Grundlage aller geschichtlichen Hochkulturen.“ Mit dem Bauertum erlischt das wohl einzige bewährte Lebens- und Arbeitsmodell kultivierter Gesellschaften, das individuelle Freiheit mit einer Begrenzung und Einordnung in die Naturzusammenhänge einer endlichen Welt organisch verbindet. Die Systemverbrechen der kommunistischen Diktatur und das Systemversagen unserer Demokratie haben in wenigen Jahrzehnten die Traditionslinien einer Lebenspraxis abgebrochen, die seit der Einführung der Ackerbaukultur vor etwa 8.000 Jahren Basis und Garant für eine nachhaltige Kulturentwicklung der Menschheit war.

Wie dieser destruktive Prozess in Ostdeutschland ablief und wie seine verheerenden Folgen bis heute befestigt und zugleich verschleiert werden, erfahren Sie aus den substanziellen Beiträgen des nun erschienenen Buches „Klassenkampf gegen

die Bauern“, das ich allen am Schicksal der bäuerlichen Landwirtschaft Interessierten sehr ans Herz lege. Zunächst muss man den Tatsachen ins Auge sehen. Diese Klarheit soll aber nicht in die Resignation führen, sondern uns Kraft und Zuversicht geben, einer Revitalisierung bäuerlicher Strukturen den Weg zu bereiten.

Michael Beleites

Michael Beleites, Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf und Robert Grünbaum (Hrsg.): Klassenkampf gegen die Bauern. Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen bis heute. 2010, 167 S., ISBN: 978-3-940938-96-1, 8,- €. zu beziehen über den AbL-Verlag



Die Kuh ist kein Klima-Killer

Wie die Agrarindustrie die Erde verwüstet und was wir dagegen tun können

Kühe rülpsen Methan“, 25 mal klimaschädlicher als CO₂.

Dennoch sind Rinder unverzichtbar für die Welternährung – durch ihren Beitrag zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und zur Begrenzung des Klimawandels: In nachhaltiger Weidehaltung haben Wiederkäuer das Potenzial, Kohlenstoff als Humus im Boden zu speichern.

Die höchsten Emissionen gehen von der synthetischen Düngung der großen Monokulturen Mais und Sojabohnen aus. Sie verbraucht viel Energie und setzt Lachgas frei – 295 mal klimaschädlicher als CO₂. Kühe, Schafe und Büffel können in Symbiose mit ihren Pansenmikroorganismen Weidefutter zu Milch und Fleisch umwandeln. Deshalb sind sie prädestiniert zur Nutzung derjenigen Böden, die nicht beackert, aber durch Beweidung vor Erosion geschützt werden können. Aber stattdessen werden sie mit Kraftfutter aus Mais, Soja und Getreide zu Nahrungskonkurrenten der Menschen gemacht. Milch und

Fleisch aus Intensivproduktion sind nur scheinbar billig. Die Rechnung kommt später. Denn Monokulturen verdrängen die biologische Vielfalt und die CO₂-Speicher: das Grünland und den (Regen-)Wald. Je mehr Menschen auf der Erde le-

ben, desto wichtiger wird die Bodenfruchtbarkeit zur Sicherung der Ernten bei gleichzeitiger Begrenzung klimawirksamer Emissionen. Aber das agroindustrielle System heizt den Klimawandel an und erhöht dadurch die Risiken für die Welternährung dramatisch. So haben die Böden Nordamerikas in den vergangenen 100 Jahren mehr als ein Viertel ihrer Fruchtbarkeit verloren. Dieses Buch stellt die Systemfrage und bietet weit mehr als die Rehabilitation der Kuh: Es belegt die Multifunktionalität des Boden-Pflanze-Tier-Komplexes in der nachhaltigen Landwirtschaft, nennt die wissenschaftlichen Fakten und lässt Menschen zu Wort kommen, die mit dem Wissen des 21. Jahrhunderts wieder auf die symbiotischen Potenziale der Weidewirtschaft mit Kuh und Co. setzen.



Anita Idel, Die Kuh ist kein Klima-Killer „Agrarkultur im 21. Jahrhundert“, 18,00 EUR, ISBN 978-3-89518-820-6 zu beziehen über den AbL-Verlag

Der Soja-Wahn

Soja ist in aller Munde und Mäuler. Als Sojamilch, Tofu oder Sojasoße in den Lebensmittelregalen. Als Futtermittel in Rindermägen und Schweinetrögen und somit auch in Steaks, Butter oder Hühnerfleisch. Bestandteile von Soja wie Lecithin stecken in Schokolade, Tütensuppen, Eiscreme und vielen anderen Produkten, ohne dass wir es wissen. Die Nahrungsmittelindustrie ist erfindungsreich. Soja soll vorbeugend helfen gegen Krebs, es soll schön, schlank und gesund machen, es soll gut bei Wechseljahresbeschwerden und Allergien sein. Norbert Suchanek deckt in seinem Buch „Der Soja-Wahn“ die große Lüge über die kleine Bohne auf. Und nicht nur das. Die angebliche Wunderbohne kann bedenkliche gesundheitliche Folgen haben. Die Lebensmittelindustrie verdient an einem Produkt, dessen Anbau die Umwelt und die traditionelle Lebensweise von Bäuerinnen und Bauern zerstört. „Um den derzeitigen Sojabedarf der deutschen Tierproduktion zu decken, wird laut Berechnungen des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) eine Fläche von rund 28.000 Quadratkilometer (2.8 Millionen Hektar) in Übersee beansprucht.“ Mit Zahlen und Fakten rüttelt der Umweltjournalist und Korrespondent in Brasilien den Leser wach. Er prangert an, entlarvt

und informiert. Was dem Buch allerdings fehlt sind Alternativen und Möglichkeiten, den großen Eiweißbedarf in der Tierhaltung auch ohne Soja zu decken. Insgesamt ist das Buch jedoch eine willkommene, informative und wichtige Grundlage zur aktuellen Sojaproblematik. *mb*

Norbert Suchanek, *Der Soja-Wahn*, oekom verlag, 112 Seiten, 8,95 EUR, ISBN-13: 978-3-86581-216-2, erhältlich auch im ABL-Verlag



Kurzes am Rande

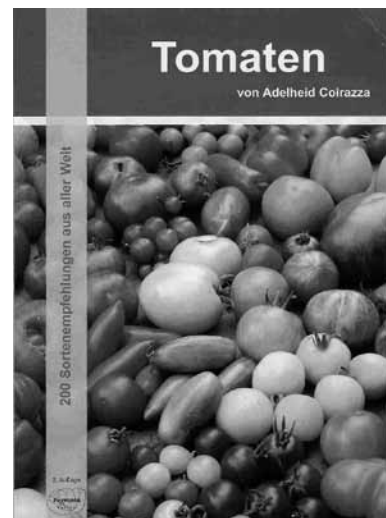
AbL-Kalender 2011 – Fotos, die bewegen

„30 Jahre Abl e.V.“ haben wir zum Anlass genommen, im Fotoarchiv zu blättern und dabei unzählige Bilder gefunden, die belegen „Auf die Bewegung kommt es an!“ Eine Auswahl davon zeigt unser Monatskalender für 2011 und würdigt die vielen Themen, bei denen sich die Abl eingemischt und etwas bewegt hat. Bilder, die Mut und Lust machen, sich auch weiterhin tatkräftig zu engagieren! Auf jeder Seite findet der Betrachter eine kurze Erläuterung, bei welchem Anlass das Bild entstanden ist. *AbL Fotokalender 2011; „Auf die Bewegung kommt es an“; Format A 4, Spiralbindung, ISBN 978-3-930413-44-7; 12,50 €*



Tomaten

Gleich hundert Sorten zieht Adelheid Coirazza jedes Frühjahr mit ihren Schülern vor. Die Samen dazu hat sie sich nach und nach aus aller Welt zusammengesammelt und vermehrt sie nun selber. Da gibt es die „Tomatito de Jalapa“: eine Wildtomate aus Mexiko mit Urmatengeschmack oder die „Schwarze Russische“, auch „Black Russian“ genannt, die, anders als der Name vermuten lässt, aus Australien stammt. Hundert ausführliche Sortenbeschreibungen mit jeweils vier Farbfotos zu jeder Sorte. Und da damit die große Vielfalt der Tomatensorten bei weitem noch nicht abgedeckt ist, gibt es für weitere hundert Sorten eine tabellarische Kurzbeschreibung. Moderne Hybridzüchtungen finden keine Beachtung, weil sie sich nicht zur Gewinnung von Saatgut eignen. Mit ihrer Sammelleidenschaft befindet sich Adelheid Coirazza in guter Gesellschaft, wie ein Blick in die aufgelisteten Bezugsquellen zeigt. Dort gibt es private Samenarchive mit über 1.000 Tomatensorten. Natürlich dürfen bei einer solchen Vielfalt auch einige traditionelle Tomatenrezepte aus Italien nicht fehlen. Zumal der Mann von Adelheid Coirazza Sizilianer und ebenfalls begeisterter Gärtner ist. Die Samen der im Buch vorgestellten Sorten können über das Schulprojekt der Autorin bezogen werden. Sie ist auch Mitglied im Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt, der ebenfalls eine Samen-Tauschbörse anbietet. Eine Anleitung zu Anzucht und Anbau im Garten oder auf dem Balkon sowie Tipps zu den verbreitetsten Krankheiten und Schädlingen mit vielen hilfreichen Farbfotos machen Lust darauf, es mal selber mit der Anzucht aus Samen zu versuchen. „Wer einmal mit Erfolg Tomaten im eigenen Garten angebaut hat, der kann sich mit den handelsüblichen Früchten nicht mehr zufrieden geben“, so die Autorin. Und das kleine, übersichtliche Buch hilft dabei, die richtigen Sorten für den eigenen Bedarf zu finden sei es zum Naschen, im Salat, als Saft, zum Trocknen usw. *we*



Adelheid Coirazza: *Tomaten*, Formosa Verlag, 2009, 96 S., broschiert, über 600 Farbfotos, ISBN: 978-3-934733-06-0, 12,90 €

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2010 2009 2008 2007 2006 2005 2004
 19,80 € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

- | | |
|--|-------------------------|
|Expl. Nützt ja nix | Stückpreis 11,00 € |
|Expl. Aus dem Moor, | Stückpreis 11,00 € |
| Expl. Ein Bauer erzählt, CD | Stückpreis 10,00 € |
| Expl. Schubkarrenrennen, | Stückpreis 11,00 € |
| Expl. Nehmt und Euch wird gegeben | Stückpreis 27,40 € |
| Expl. Der Wollmützenmann, | Stückpreis 11,90 € |
| Expl. Matthias Stührwoldt live, CD, | Stückpreis 9,50 € |
| Expl. Verliebt Trecker fahren, | Stückpreis 9,90 € |
| Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag | Stückpreis 3,- € |
| Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage) | Stückpreis 3,50 € |
| Expl. Wege aus der Hungerkrise | Stückpreis 3,10 € |
| Expl. Linda und Konsorten | Stückpreis 14,90 € Neu! |
| Expl. AbL-Kalender 2011 | Stückpreis 12,50 € Neu! |

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de Anzeigenschluss für BS Januar ist am 12. Dezember 2010

Hof und Arbeit

● Bio-Bauernfamilie sucht Hof zu pachten oder Einstieg in Hofgemeinschaft oder Menschen zur Gründung einer Hofgemeinschaft. Raum Süd-D. ☎ 0174-2393657, E-Mail: pferdefuhr@gmx.de

● 5 junge Menschen mit landw. Ausbildung u. Erfahrung suchen Hof zur Übernahme, wo Milchvieh, Ackerbau, Gemüsebau denkbar ist. Mit Entwicklungspotenzial (hofeigene Verarbeitung etc.), keine reine Pacht. ☎ 05545-999986

● Verstärkung gesucht! Bioland-Hof im Hohenloher Land sucht Melker/in. Sie arbeiten selbstständig, haben Erfahrung und suchen eine neue Herausforderung, dann melden Sie sich bitte unter ☎ 07938-8753.

● Wer hilft mir auf dem Hof? Raum Hohenlohe. Schweine, Ackerbau, kl. Biogasanlage. Ehemaliger Neulandbetrieb sucht Mithilfe. Platz und Wohnung vorhanden. Mitarbeit regelmäßig und nach Absprache. CHIFFRE BS 12-2010

Tiermarkt

● Verkauft laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

● Hunde- und Katzenzucht vom Tierheilpraktiker. Qualität, Akzeptanz, Preis/Leistung sehr gut. Durchholz/Sievers, ☎ 04166-1422. Infos: www.reico-buxtehude.de

Sonstiges

● Obstbäume in historischen und bewährten Sorten für Garten und Landschaft. Sortenliste unter: www.pflanzlust.de, Bioland-Baumschule PFLANZLUST. ☎ 05692-8635

Veranstaltungen

Internationaler Tag des Bodens

05. Dezember 2010, Karlsruhe
Mit Schwerpunkt Mensch und Boden in biblischer Sicht.
Evangelische Akademie Baden, ☎ 0721 9175-356, Fax: -25-356, www.ev-akademie-baden.de

Alternative Absatzwege für Ökobetriebe

07. - 11. Dezember 2010, Witzhausen
Die 18. Witzhäuser Konferenz zur Konventionalisierungstendenzen im Ökolandbau zeigt Möglichkeiten auf, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen, um weiterhin unabhängig zu bleiben und eigene Ideen und Werte zu verwirklichen. Es werden Vorträge und praxisorientierte Workshops angeboten. Die Konferenz wird von Studierenden und Lehrenden des Fachbereichs Ökologische Agrarwissenschaften organisiert.
Kontakt: konferenz@wiz.uni-kassel.de, www.konferenz-witzenhausen.de

Patente auf Lebewesen

09. Dezember 2010, Bremen
Wie wirken sich Biopatente auf biologische Vielfalt und Ernährungssicherheit aus? Referent Dr. Christoph Then, Tierarzt und Patentexperte für Greenpeace, erläutert die Risiken von Patenten auf Lebewesen.
Veranstaltung der Reihe: „Wege aus der Klima- und Ernährungskrise“ der Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft um 20 Uhr im Forum Kirche, Hollerallee 75 in Bremen. Infos: ☎ 0421 3499077, www.bremer-evg.de

Lernprozesse auf dem Bauernhof gestalten

10. - 12. Dezember 2010, Altenkirchen
Der Bauernhof ist ein idealer Lernort für Kinder und Jugendliche, um Landwirtschaft mit allen Sinnen zu erfahren und der Entfremdung von der bäuerlichen Arbeits- und Lebenswelt sowie der Lebensmittelproduktion entgegenzuwirken. Lernen auf dem

Bauernhof stellt für viele landwirtschaftliche Betriebe eine Möglichkeit dar, zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen und den landwirtschaftlichen Betrieb in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Die Stärke des Lernortes Bauernhof liegt in seiner großen Vielfalt der Angebote. Zweistündige Hofführungen auf Vollerwerbsbetrieben bis hin zu zweiwöchigen Aufenthalten auf Höfen, die sich als pädagogische Einrichtung verstehen, finden sich in der Praxis. Diese bunte Vielfalt erfordert ein betriebspezifisches Konzept zum Lernen auf dem Bauernhof. Hierzu werden in der Veranstaltung Beispiele vorgestellt und der Bezug zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung hergestellt. Außerdem gibt es einen ausführlichen Teil zu Finanzierungen am Sonntagnachmittag.
BAG eil / o Ev. Landjugendakademie, ☎ 02681-951617, Fax: -70206, leibroch@lja.de

Nachhaltige Landwirtschaft in Zeiten des Klimawandels

12. Dezember 2010, Trier
Wie kann die dezentrale bäuerliche Landwirtschaft als Alternative zur globalisierten Agrarindustrie wiederbelebt werden? Referenten sind Prof. Ernst Schrimppf, Vors. der E.F. Schumacher-Gesellschaft für politische Ökologie, zum Thema: Landwirtschaft – Klimakiller oder Klimaretter; Romuald Schaber, Vors. des Bundesverbands Deutscher Milchbauernverband BDM, zu: optimierte nachhaltige Milchproduktion durch sinnvolle Ressourcenausnutzung; Lothar Gothe, Biolandwirt aus NRW, zu: bäuerliche Landwirtschaft und Abkehr vom konsumorientierten Lebensstil, sowie Norbert Worm, AbL Rheinland-Pfalz und Saarland, zu: Agrarpolitik neu denken: bäuerlich, tiergerecht, umwelt- und klimaverträglich.
10 bis 16 Uhr in der Volkshochschule Trier, Domfreihof 1b, Raum 005. Bitte Anmeldung unter: ☎ 0651-9917753

oder projekt@la21-trier.de. Die Veranstaltung ist kostenlos und findet im Rahmen des 10. Regionalen Klimagipfels statt.

Öko-Einführungskurs

16. - 19. Dezember 2010, Altenkirchen
Einführungskurs in den organisch-biologischen Land- und Gartenbau für Auszubildende, FÖJler, Praktikanten u.a. zu Bodenbearbeitung, Gemüseanbau, artgerechte Haltung von Schweinen und Rindern mit Betriebsbesichtigungen.
Ev. Landjugendakademie, ☎ 02681-951623, Fax: -70206, heuser@lja.de

Internationale Grüne Woche

21. - 30. Januar 2011, Berlin
Die weltgrößte Messe für Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau.
Programm: Messe Berlin GmbH, ☎ 030 3038-0, Fax: -2019, igw@messe-berlin.de, http://www1.messe-berlin.de

Wege aus der Klima- und Ernährungskrise

27. Januar 2011, Bremen
Sozialunternehmer Christian Hiß stellt die Regionalwert AG vor, ein innovatives Beteiligungsmodell von Bürgern und Kleininvestoren zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft.
20 Uhr in der Villa Ichnon, Goetheplatz 4, Bremen. Veranstaltung der Bremer Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft. Infos: ☎ 0421 3499077, www.bremer-evg.de

Nimmer – Satt

28. bis 30. Januar 2011, Bad Herrenalb
Nahrungsmittelproduktion zwischen Bedarf und Design: Was bedeutet es, dass Millionen Menschen „nimmer satt“ werden, während die anderen sich mit den Problemen ihres Überflusses plagen?
Veranstalter ist die Ev. Akademie Baden mit dem Verein Deutscher Ingenieure (VDI), ☎ 0721 9175-361, Fax: -25-361, www.ev-akademie-baden.de

DEMO SA. 22.1.2011
NEIN ZU GENTECHNIK,
TIERFABRIKEN UND
DUMPING-EXPORTEN

BERLIN HBF.
12 UHR



JETZT ENTSCHEIDEN WIR ÜBER UNSER ESSEN. JA ZU BÄUERLICHER, ÖKOLOGISCHER LANDWIRTSCHAFT. JA ZU GESUNDEM, FAIR PRODUZIERTEM ESSEN.

WWW.WIR-HABEN-ES-SATT.DE

Tel: 030. 21 60 86 21, info@wir-haben-es-satt.de

Grundstücke für Windenergieanlagen gesucht!

Werden Sie Energiewirt und sichern Sie sich langfristige Pachteinahmen bei weiterhin möglicher Bewirtschaftung. Interesse?
wpd think energy GmbH & Co. KG
Lars Rotzsche, T: 0561 / 102 25 - 73, l.rotzsche@wpd.de

6/2010 November – Dezember 7,- €

LEBENDIGE ERDE

Biologisch-dynamische Landwirtschaft, Ernährung, Kultur

Welternährung & Ökolandbau

- Gerecht und ökologisch: bioRe India
- Der Weltagrarbericht wird ignoriert
- Ökolandbau intensivieren
- Erosion mindern

Das Heft für 7,- € erscheint 6 mal/Jahr; Abo 40,- €/Jahr
Studenten 30,- €/Jahr; Kostenloses Probeheft:

Verlag Lebendige Erde im Demeter e.V., Brandschneise 1,
D-64295 Darmstadt, Fon: (06155) 84690, Fax: 846911



Gentechnikfrei-wir bleiben dran!

Bundesweite Tagung der
Gentechnikfreien Regionen und Aktiven

▪ Auf die Bewegung kommt es an! ▪

Samstag, 4. und Sonntag, 5. Dezember 2010 in Leipzig

*Informationsaustausch, Einschätzungen, Strategien und
Planung von Aktivitäten gegen Gentechnik im Essen,
auf dem Acker und im Stall*

Auf europäischer und deutscher Ebene stehen weitreichende Entscheidungen an. Stichworte sind: Nationale Anbauverbote versus beschleunigte Zulassungen von neuen Gentechnik-Pflanzen, Einführung von Saatgutschwellenwerten, Kippen der Nulltoleranz nicht zugelassener GVO, Novellierung des Gentechnikgesetzes, Anbauauseinandersetzungen vor Ort, usw.

Es gibt viele gute Gründe und viele gute Wege, Gentechnik zu stoppen. In Leipzig wollen wir uns darüber austauschen, sie beraten und überdenken, anpassen und verbinden.

Bei der Tagung wollen wir aufzeigen: Was steht an für 2011 auf deutscher und europäischer Ebene? Wo steht die Anti-Gentechnik-Bewegung? Politische und persönliche Einschätzungen. Welche neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse gibt es? Neues zu den Verflechtungen der Gentechnik-Konzerne.

Dann werden wir gemeinsam Strategien und Aktionsideen für 2011 entwickeln und planen.

Flyer: www.gentechnikfreie-regionen.de

** Es ist möglich, schon Freitag anzureisen, bitte bei Anmeldung angeben.*

Anmeldung bei Annemarie Volling bis spätestens 2.11.2010, AbL e.V.,
Tel: 04131-400720, Fax: -407758, gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de
www.gentechnikfreie-regionen.de, www.abl-ev.de/gentechnik



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221,
E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28,
21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Johanna Besier, Tel: hanna.besier@gmx.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugengebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529

Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Brandenburg: Bernd Hüsgen,
Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg
Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 91,00 Euro
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 126,00 Euro
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 36,00 Euro
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 61,00 Euro
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 1,- Euro

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330

Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114

Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147

Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/9883-60, Fax: -61

Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774

Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118

Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247

Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein,

Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm,

Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221

Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575

Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421

Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657

Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, e-mail: amkloster@t-online.de;

Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, e-mail: biohof-claar@freenet.de;

Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, e-mail: k.s.vetter@t-online.de;

Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, e-mail: k.hellwig@web.de;

Homburg-Mü.: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, e-mail: gross2607@aol.com

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,

Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;

Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218

Geschäftsstelle: Norbert Worm, Römerstraße 1, 54568 Gerolstein,

Tel: 06558/8621, Fax 06558/900128, e-mail: bnworm@t-online.de, www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Jochen Fritz, Telefon:0171-8229719, e-mail: fritz_jochen@web.de

Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;

Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584

Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278

Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Edith Liersch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039

Fax: 967654

Geschäftsstelle: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.:

08679/6474, Fax: 08679/9130145, Internet: www.abl-bayern.info

Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Ute

Gasteiger, Tel.: 08039/1635

Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel.

08725/304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de

Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@googlegmail.com, Josef

Lindauer, Tel.: 08803-488446, Fax.: 08803-9009562; e-mail: Martha_Lindauer@web.de

Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de

Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Burkhard Neubauer, Tel: 09268-6667

Erding – Ebersberg, Sekretariat Hans-Jürgen Schlaak, Hochstraße 42, 84424 Isen,

Tel/Fax: 08083 9225, e-Mail: abl@schlaak-isen.de

Sachsen/Thüringen

Landesverband: Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig,

Tel: 0341-2253789, Fax: 0341-1496363, e-Mail: peter.hettlich@t-online.de

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Treckerfahren im Wendland

In meinem Leben bin ich schon viel Trecker gefahren, seit etwa fünfundzwanzig Jahren beinahe täglich, aber bisher immer nur in Schleswig-Holstein, noch nie in einem anderen Bundesland, und schon gar nicht in der Freien Republik Wendland. Endlich aber habe ich es nun geschafft, zur Castor-Jahreszeit dorthin zu reisen, um gegen die sogenannte friedliche Nutzung der Atomkraft zu protestieren. Bislang hatte es immer schlechte Ausreden gegeben, um nicht zu fahren: Das schlechte Wetter, die Arbeit auf dem Hof, das Ziepen im Kreuz – oder kurz gesagt: die Bequemlichkeit. In diesem Jahr war das anders. Harry, Biobauer aus Lüchow, hatte mir bei der Treckerdemo einen Platz zum Mitfahren angeboten. Ich wollte dabei sein, und so schaufelte ich mir für einen Tag die Arbeit weg, heuerte Lehrling und Ex-Lehrling zum Stalldienst an und nutzte den so gewonnenen Tag, um mit meinem besten Freund Dieter ins Wendland zu fahren. Bevor es los ging, holte ich mein gelbes Original-Wendland-Widerstands-X raus und band es an unsere Autobahnbrücke – mit Sicherheit das nördlichste gelbe X überhaupt, zwanzig Kilometer südlich von Kiel. Wir waren früh unterwegs und kamen vor dem Verkehrschaos durch zum Treffpunkt der Treckerscharen. Wie viele es waren! Sogar die Landjugendlichen – altersbedingt noch ohne Führerschein – waren motorisiert; denn an diesem Tag blieb kein Rasenmähtrecker daheim im Schuppen. Die Stimmung war gelöst und warmherzig, von Aggressivität keine Spur. Die Dorfbewohner an der Strecke reichten den im Proteststau stehenden Bauern Kaffee und Käsebröte und bewunderten die landwirtschaftlichen Fahrzeuge, die zum Teil so alt waren, dass sie nur noch einmal im Jahr bewegt werden – wenn der Castor kommt. Manche Trecker – man muss es zugeben – leckten ganz schön mit Öl. Darauf angesprochen, sagte ein Bauer: „Der Castor ist ja auch nicht dicht!“ Auf der Suche nach unserem Mitfahrtrecker spazierte Dieter und ich an der Schlange vorbei und begutachteten fachmännisch das Schleppersammels-

rium, welches vom alten Ackermoped bis zum futuristischen Agrarraumschiff alles, aber wirklich alles irgendwie fahrbare umfasste. Dazu brachten wir die normalen Schüttel- und Stabreime, die man als Bauernsohn einfach drauf hat: „Wer Fendt fährt, führt!“, „Claas macht Spaß!“, „Der Renault/ steht vorm Berg und jault.“ oder „Same: nur für Lahme!“ Nur den hellblauen Lack eines Landini sah ich dort nicht. Damit hätte ich den Treck um einen extravaganten Farbton bereichern können; denn außer mir fährt scheinbar niemand dieses italienische Billigfabrikat. Kein



Bunter Protest. Für Windkraft statt Atomkraft.

allzu sehr. Irgendwie kriegte ich den Gang rein. Bisher hatte ich John Deere immer für eine imperialistische Scheiß-Ami-Marke gehalten, aber er fuhr ganz normal. Durchs Wendland, durch die Freie Republik, aus Protest.

Neben mir auf dem Beifahrersitz saß jetzt Angelika. Wir lernten uns gerade kennen, wir fingen an zu schnacken, und schon nach fünf Minuten waren wir mitten in einem tiefen Gespräch über Liebe, Tod, Patchworkfamilien und unser Unverständnis darüber, dass unsere Teenytöchter jeden Morgen anderthalb Stunden brauchen, um sich aufzuhübschen, bevor sie hoffentlich in die Schule stöckeln. Als der Treck weit vor dem Maisacker zum Stillstand kam, weil einige Kollegen sich entschlossen hatten, das Dorf mit Treckern dicht zu parken, waren wir Freunde geworden. Jedenfalls empfand ich es so. Wir stellten den John Deere am Straßenrand ab und machten uns zu Fuß auf den Weg zur Kundgebung. Bald spülten die Menschenmengen uns auseinander. Nur Dieter und ich blieben zusammen und lauschten den Reden der Kundgebung. Besonders in Erinnerung geblieben ist mir eine Durchsage, dass im dichtgeparkten Dorf eine spontane Landjugendfete im Gange sei, für die man noch Tanzpartner suche – auf dem Land tanze man schließlich mit Anfassen. Irgendwann hatte ich genug von soviel Menschen. Dieter und ich spazierte zurück zum Auto.

Auf der Straße war ein Kommunalfahrzeug bereits dabei, die Ölspur der Treckerhundertschaften abzustreuen, während auch viele Wendlandbauern zur Abwechslung mal zu ihren Höfen fuhren, wahrscheinlich, um zwischendurch die Viecher zu füttern; denn die wollen fressen, ob der Castor nun kommt oder nicht.

Zuhause an der Autobahnbrücke hatte irgendeine Sau mein gelbes X demontiert und geklaut. Egal. Beim nächsten Mal hängt da wieder eins. Bevor ich wieder ins Wendland fahre. Denn das werde ich tun. Vielleicht sogar mit dem Trecker. Aber bestimmt nicht mit dem Landini. *Matthias Stührwolt*

Wunder, denn laut ADAC-Pannenstatistik ist dies der einzige Trecker, der mehr Zeit in der Werkstatt verbringt, als auf dem Hof. Hätte ich damit ins Wendland fahren wollen, ich wäre niemals angekommen. Endlich fanden wir Jörg, auf dessen John Deeres Ackerschiene Dieter und ich mitfahren durften. Es ging los, in Richtung des Maisackers, auf dem die Auftaktkundgebung stattfinden sollte. Wir waren guter Laune; der Treck rollte, da sagte Jörg, er müsse mal pinkeln, und fragte mich, ob ich weiter fahren könne. Klar, sagte ich und kletterte auf den Sitz. Noch nie zuvor hatte ich einen John Deere gefahren, aber zum Glück unterscheiden Trecker sich nicht

Foto: Müller

unabhängige Bauernstimme: bäuerlich gegen Atomkraft

12/2010

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnettin / des Abonnenten Datum Beruf
 (bei Geschenkabo Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
 oder Fax 02381 / 492221

Zustelladresse	Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers
_____	_____
Name, Vorname	Name, Vorname
_____	_____
Straße	Straße
_____	_____
PLZ, Ort	PLZ, Ort
_____	_____
evtl. Telefon für Rückfragen	evtl. Telefon für Rückfragen
_____	_____